

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Einzelheft 4,50 Pf., monatlich 1,50 Pf.,  
 drei in's Haus, vorausbezahlt. Einzelne  
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monatlich  
 1,50 Pf. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Litauen  
 4,50 Pf. monatlich. Bezugspreis ins  
 Ausland 6,00 Pf. monatlich. Bezugspreis  
 für die ferneren Länder 7,50 Pf. monatlich.  
 Postbestellungen nehmen an: Tönnies  
 und die Schweiz. Einzelnahmen in die  
 Selbstbestellung-Verträge.  
 Preisänderung möglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 16. März 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

**Einzelheftpreis:**  
 Diebelegene Solonette 40 Pf.,  
 40 Pf. „Kleine Augen“, das  
 festgebundene Blatt 30 Pf. (jüngling  
 2 festgebundene Blätter, jedes weitere  
 Blatt 10 Pf. Stellenangebote und  
 Geschäftsverträge das erste Blatt  
 10 Pf., jedes weitere Blatt 5 Pf.,  
 Blatt über 15 Buchstaben zahlen für  
 zwei Blätter. Preisunterstützung 20%  
 Familien + Ausgaben 50 Pf.,  
 20% für die gewerkschaftliche Bewegung  
 40 Pf. die Seite. Ausgaben  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags im Geschäft  
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ab-  
 gegeben werden. Geschäftszeit von 8 Uhr  
 früh bis 7 Uhr abends.

## Die Frage der Kriegsschuld.

Woher kommt es, daß die Frage der Kriegsschuld nicht zur Ruhe kommen kann? Am Donnerstag hat wieder der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg über sie gesprochen und heute soll sie, wie es heißt, abermals im Hauptausfluß unter Heranziehung von Dokumenten, die weiten Kreisen in Deutschland bisher noch nicht bekannt sind, ausführlich erörtert werden. Die Debatte über die Kriegsschuld hat den ganzen Krieg begleitet und sie wird ihn zweifellos überdauern.

Das leidenschaftliche Interesse an dieser Frage rührt daher, daß das Gewissen einer reifer gewordenen Menschheit sich leidenschaftlich gegen die furchtbare Notwendigkeit dieser Weltkatastrophe aufbäumt. Nach diesem Kriege, meinte einst Herr v. Bethmann Hollweg, werde ein Schrei durch die ganze Welt gehen nach einem Mittel, das die Wiederkehr einer solchen Katastrophe unmöglich mache. Und so sucht die Welt nach den Ursachen dieses Krieges nicht aus bloßem Wissensdrang, sondern in dem Willen, sie, sobald sie erkannt sind, zu beseitigen.

Auf beiden Seiten hat die Kriegspolitik versucht, sich aus diesem Willen ein Instrument des Sieges zu schmieden. Unser Sieg, so versichert vor allem die Entente, ist der Frieden. Einzige Ursache des Krieges ist der deutsche Militarismus, und wenn der geschmettert ist, dann ist der dauernde Frieden gesichert.

Aber auch die Ententestaaten waren vor diesem Kriege keine Kämmer, die friedlich neben einander weilten. Rußland führte Krieg gegen Japan, England gegen die Buren, Italien gegen die Türken, Amerika gegen Spanien. Die Balkanstaaten bekämpften einander in zwei blutigen Kriegen. Nicht zu reden von den unzähligen Kolonialkriegen, von denen die Welt überhaupt niemals Ruhe bekommen hat.

Daraus folgt ohne weiteres, daß die Ursache der Kriege nicht dadurch beseitigt werden kann, daß sie auf der Seite einer der kriegführenden Teile beseitigt wird. Und was die Gegner die Verjämmerung des deutschen Militarismus nennen, würde die Kriegursachen nicht beseitigen, sondern nur neue schaffen. Wer glaubt, daß die siegreiche Entente ihre imperialistischen Appetite zügeln, sie nicht vielmehr auf Kosten des Vierbunds befriedigen würde? Und wenn sie fürchten, daß mit der Zergliederung Rußlands neue Kriegursachen geistert sind, würde dann ein niedergeworfenes und verstückeltes Deutschland von Vergeltungsgelüsten frei bleiben?

Aus der Voraussetzung, daß die herrschenden Mächte Deutschlands an dem Ausbruch des Krieges die alleinige Schuld trügen, folgt also keineswegs, daß auf der Grundlage einer deutschen Niederlage ein dauernder Frieden sicher aufgebaut werden kann. Und darum ist auch die deutsche Sozialdemokratie einig darin, eine Niederlage Deutschlands in diesem Kriege nicht zu wollen, wie immer der einzelne in ihr über die verteilte Frage der Kriegsschuld denken mag.

Wir haben stets an dem Standpunkt festgehalten, daß im Kriege, in diesem Kriege, in dem es um Sein und Nichtsein geht, der geeignete Zeitpunkt für eine sachlich erschöpfende Aufklärung der Kriegsschuldfrage nicht gegeben ist. Wenn wir einmal, unter günstigen Umständen, in eine Untersuchung dieser Frage eintreten werden, so werden wir es tun, um der Welt zu nützen, nicht aber um Deutschland zu schaden. Was von deutscher Seite vor dem Kriege gefehlt und gesündigt worden ist, soll nicht vertuscht, es soll aber auch nicht zur Waffe gemacht werden in der Hand von Gegnern, denen es nicht wie uns darauf ankommt, der Wahrheit und der Sache des Friedens zu dienen, sondern nur darauf, den Sieg über Deutschland zu gewinnen.

Daß die Politik, die das Deutsche Reich vor dem Kriege trieb, unter den Politikern des eigenen Landes die aller schärfsten Gegnerschaften fand, ist ebenso wenig ein Geheimnis wie die Tatsache, daß die englischen Minister John Burns, Morley und Trevelyan bei Beginn des Krieges, eben auch nicht zufälligerweise, zurücktraten. Neue Gegnerschaften zu vertrauen stünde uns umso weniger an, als wir deutschen Sozialdemokraten selbst ihre hauptsächlichsten Träger gewesen sind. Was die sozialdemokratische Presse Deutschlands vor Kriegsausbruch über die serbischen Forderungen geschrieben hat, ist ebensowenig ein Geheimnis wie die Tatsache, daß die Arbeiter Berlins unter den Linden für die Erhaltung des Weltfriedens demonstrierten.

Wir müßten die geschichtliche Wahrheit geradewegs auf den Kopf stellen, wenn wir nachträglich behaupten würden, daß wir uns damals mit der Politik der Regierung in irgendeiner Uebereinstimmung befunden hätten. Eine solche Uebereinstimmung stellte sich erst ein, als weder mit Worten noch mit Taten an der furchtbaren Last des Weltkrieges noch etwas zu ändern war. Sie bezog sich nicht auf die Vergangenheit, sondern auf die Zukunft, und ihr Gegenstand war nicht irgendeine geschichtliche Erkenntnis, sondern der Wille, in diesem Kriege nicht zu unterliegen.

Diesen Willen kann keine Enthüllung der Welt erschüttern. Wenn jetzt dieses oder jenes Dokument veröffentlicht wird, das zu denken gibt, so kann darüber nur der aus den Wollen sollen, der die Leute, die im Jahre 1914 die deutsche Politik bestimmten, für reine Tugendpiegel gehalten hat. Und wenn

## Französischer Angriff bei Prodnés — Bändenkrieg in der Ukraine — Befreiung von Sachmatich.

Amlich. Groz Hauptquartier, 15. März 1918. (B. I. S.)

**Westlicher Kriegsschauplatz.**  
**Gezetzgruppe Kronprinz Rupprecht.**  
 Die tagsüber schwache Artilleriestärke verstärkte sich vor Einbruch der Dunkelheit in wenigen Abschnitten. Während der Nacht lebte sie in Verbindung mit eigenen und feindlichen Erleuchtungsprojektoren vorübergehend auf.

**Gezetzgruppe Deutscher Kronprinz.**  
 Die Blinckstelle der Franzosen auf der Kathebrake von Reims wurde erneut in Tätigkeit beauftragt. Festiges Herfordungsfeuer lag von Mittag an auf unseren Stellungen nördlich und nordöstlich von Prodnés. Starke französische Abteilungen, die am Abend in breiter Front vorrückten, konnten nur westlich von der Straße Thuyz-Kauray in unserem vorderen Graben Fuß fassen; im übrigen wurden sie im Nahkampf zurückgeworfen.

Auf dem östlichen Raaduser hielt tagsüber gesteigerte Feueraktivität an.

**Osten.**  
 Feindliche Bänden, die in der Ukraine die von Gsmel und Riew nach Sachmatich führenden Bahnen bedrohten, wurden in mehrfachen Kämpfen zerschren. Sachmatich wurde befreit.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.  
 Der Erste Generalquartiermeister.  
 Lubendorf.

## Abendbericht.

Berlin, 15. März 1918, abends. Amlich.  
 Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 15. März 1918. Amlich wird verlausbart:  
 Nichts Neues.  
 Der Chef des Generalstabes.

Jetzt einzelne Personen das Bedürfnis fühlen, sich gegen erhobene Anklagen zu rechtfertigen, so können wir nicht klar genug aussprechen, daß das ihre und nicht unsere Sache ist. Der Weltkrieg ist keine romantische Oper, in der ein Hohengrin für die Unschuld einer Elsa in die Schranken tritt, und die Unzähligen, die ihr Blut vergossen, haben es nicht getan, um für die Richtigkeit offizieller Zeitungsartikel zu zeugen, sondern um das deutsche Volk vor der furchtbarsten Bedrohung zu schützen, die je gegen ein Volk heraufgezogen ist.

Solange nicht der Frieden eingetreten und die Diskussion von allen äußeren und inneren Hemmnissen befreit ist, werden Kriegsschuldverörterungen nur einen episodischen Charakter behalten. Als Wortführer sprechen die Regierungen von beiden Seiten, die den Ball der Beschuldigungen herüber- und hinüberflehend, aber der Chor der Massen, soweit er sich nicht in blohem Nachsprechen gefällt, bleibt stumm. Wenn der Krieg glücklich vorbei ist, wird der Streit um die Ursachen des Krieges wieder ausleben, nicht als ein Kampf, in dem um Sieg und Niederlage der Völker gerungen wird, sondern als ein entscheidender Abschnitt im Befreiungskampfe der Menschheit gegen den Alpdruck kommender Kriege. Dann wird eine große Aufgabe zu leisten sein, und für sie wollen wir uns die Arme freihalten!

## Das Schiffsultimatum an Holland.

Amsterdam, 15. März. Nach Berichten aus London meldet der Washingtoner Korrespondent der Associated Press, daß England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika eine letzte Warnung an die holländische Regierung hinsichtlich der schwebenden Uebereinkunft mit den Alliierten gerichtet haben und daß, wenn vor dem 15. März hierauf keine einwilligende Antwort eingelaufen sei, die holländischen Schiffe von den Alliierten in Gebrauch genommen werden sollen.

Ein Amsterdamer Blatt berichtet, daß die Entscheidung der holländischen Regierung über die Anträge der Alliierten, die niederländischen Schiffe auch für die Fahrt in der Seefahrtzone abzutreten, noch in dieser Woche entgegengesetzt werden könne. Die Stimmung in parlamentarischen Kreisen sei ruhig, aber man sei sich vollkommen der großen Tragweite der zu treffenden Entscheidung, die für die zukünftige holländische wirtschaftliche Stellung von so einer weitreichenden Bedeutung sei, bewußt und hoffe, daß betreffs des heiklen Punktes der etwaigen Bewaffnung der niederländischen Schiffe noch ein Modus vivendi gefunden werden könne. Die beiderseitigen Erwartungen auf eine befriedigende Lösung gäben jedoch ein ziemlich pessimistisches Bild.

In einem Leitartikel „Lloyd George und Hollands Lage“ erinnert das „Nieuwe van den Dag“ Lloyd George daran, daß, wenn in Holland Lebensmittelmangel herrsche und die Aussicht auf Hungersnot bestehe, Holland dies größtenteils Lloyd George und seinen Freunden zu verdanken habe. Eine Regulierung der niederländischen Schifffahrt, die niederländischen Schiffe nicht nur an eine der kriegsführenden Mächte zu vermieten, sondern sie auch in der Sperrzone zu verwenden müsse für die holländische Regierung durchaus unannehmbar sein. Das Blatt fragt sodann, ob die Finanzierende in Kopenhagen denn recht habe, wenn sie schreibe, daß man beabsichtige, die Neutralen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen? Warum liegen denn die französischen Schiffe noch in ihren Häfen und auch die italienischen? Wollte man sie bis nach dem Kriege iparen? Dem Blatt ist auch das Gerücht zu Ohren gekommen, daß italienischerseits insbesondere gewisse Forderungen betreffs der neutralen Schifffahrt für Nahrungsmittelversorgung gestellt worden seien, Forderungen, welche selbst den Charakter von Bedingungen trügen.

Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß die Schiffsraumpolitik, die der Weltkrieg gezeitigt hat, neben den Gründen der Raumnot auch noch von Konkurrenzfragen des Weltverkehrs bedingt ist. Es liegt auf der Hand, daß eine unverlehrte Handelsflotte, wie das neutrale Holland sie bis jetzt sicher halten konnte, den Alliierten für die Zeit nach dem Kriege als ein höchst unangenehmer Faktor gelten wird. Wenn ihr Ziel die monopolistische Beherrschung des Ueberseehandels ist, so gehört dazu vor allem ein gewaltiger Vorsprung in der Masse der Transportmittel. Das holländische Blatt weist im rechten Augenblick auf diesen Punkt hin.

Die Dezimierung der holländischen Handelsflotte in den deutschen Sperrgebieten würde den Alliierten in die wirtschaftskriegerische Rechnung gerade passen. Sie stellen die Schiffe der Konkurrenz in die Schachlinie und halten die eigene Handelsflotte zurück. Daß sie sich bereit zeigen, die zerstörten Schiffe zu vergüten, kann die Tatsache nicht beseitigen, daß der Konkurrent zunächst, bei Wiederbeginn des Weltseehandels, weniger Schiffeinheiten einzusetzen hat. Zumal die Vereinigten Staaten, die sich erst jetzt eine Handelsflotte schaffen, haben großes Interesse an diesem „Druck“ auf den Frachtwettbewerb. Das also ist bei Kritik des Ultimatum und bei Erwägung des Ausganges dieser Alliiertenaktion in die Waagschale zu legen.

## Trotki Volksbeauftragter für Heereswesen.

London, 15. März. (Kenter.) Ein Telegramm aus Petersburg meldet folgendes: Trotki ist zum Volksbeauftragten für militärische Angelegenheiten an Stelle von Podwojfel, der zurückgetreten ist, ernannt worden. Der Posten des Höchstkommandierenden ist abgeschafft worden.

Aus Stockholm wird der „Frankfurter Zeitung“ mitgeteilt: Der Rat der Volkskommissare, die Zentrale des Tätigkeitsauschusses des Arbeiterrates und die Regierungsorgane überbedekten in der Nacht auf den 12. März von Petersburg nach Moskau. In Petersburg wurde unter der Bezeichnung „kommunistischer Rat“ ein besonderes Volkskommissariat errichtet, das unter dem Vorsitz Trotkis beauftragt ist, die Ordnung aufrecht zu erhalten und nötigenfalls die Hauptstadt gegen einen feindlichen Angriff zu verteidigen.

## Die japanische Aktion im Unterhans.

Walfourds Liebeswerben um die Volkshetui.

London, 14. März. Unterhans. Lee Smith fragte den Staatssekretär des Auswärtigen, ob er dem Hause beizuehre der Gerüche über die japanischen Absichten in asiatischen Rußland Mitteilungen machen könne. Welche Stellung nehme die Regierung in dieser wichtigen Frage ein? Es bejäherte keinerlei Gefahr, daß Deutschland Sibirien besetzte. Aber den Gehaltsverlust, der für Rußland aus dem Dazwischentreiten Japans folgen würde, stände keinesfalls im Einklang mit der Forderung Wilsons. Hoffentlich werde die Regierung der von Wilson festgelegten politischen Richtung folgen.

Parlamentum Scott unterstülte Lee Smith. Er sagte, die Intervention der Japaner habe alle russischen Parteien gegen die Alliierten vereinigt und Rußland Deutschland in die Arme getrieben. Mac Keill erklärte, daß er mit der Erklärung Lord Robert Cecil einverstanden sei. Es sei wünschenswert, daß Japan als Mandatar der Verbündeten energisch eingreife. Wenn die japanische Intervention ausführbar wäre, so würde sie ebenso im Interesse des russischen Volkes liegen, wie im Interesse Japans und der Verbündeten. Cecil, Wilson und alle übrigen wünschten dem russischen Volke das Beste, und da das Ideal nur erreicht werden könnte, wenn Rußland von der deutschen Bedrohung befreit würde, seien die Verbündeten entschlossen, mit allen Mitteln die deutsche Macht zu bekämpfen. Das Eingreifen Japans sei freudig zu begrüßen. Captain Lloyd sagte, der Zusammenbruch Rußlands stelle Japan vor eine sehr ernste Lage. England dürfe ihm keine Vorschriften machen, da sein Vorgehen mit seinen eigenen Schwereigenschaften und Gefahren zusammenhänge. Japan habe während des Krieges jede Gelegenheit und eine große Versuchung gehabt, im Osten eine Fuzige anzulegen, die ihm in späteren Jahren in Indien, Birma und sogar in Afrika

# Nach der Wahl in Niederbarnim.

## Das endgültige Wahlergebnis von Niederbarnim.

Das gestern von uns mitgeteilte, noch nicht ganz vollständige Resultat stellt sich nach den endgültigen Feststellungen folgendermaßen heraus:

Wissell (Soz.)	28 887
Dr. Breitscheid (U. S.)	18 943
Dr. Warkentin (nat.)	8 047
Hoffmann (Fr. Bp.)	6 421
Dr. Kühn (L.)	5 369

Ungültig waren 182 Stimmen; eine Stimme entfiel auf — Trost!

### Die Stichwahl

Zwischen Wissell und Breitscheid findet am Dienstag, den 26. März 1918, statt.

Das amtliche Resultat verstärkt noch den Eindruck einer katastrophalen Niederlage der Unabhängigen. Sie haben noch nicht einmal so viel Stimmen erhalten wie die drei bürgerlichen Parteien zusammen. Bei einem Zusammengehen der Bürgerlichen wären die Unabhängigen daher sogar aus der Stichwahl gänzlich ausgefallen.

Das Resultat straft auch die läppische Agitationsphrase der Unabhängigen Lügen, daß die bürgerlichen Parteien mit der Aufstellung ihrer Kandidaturen der Sozialdemokratie einen Gefallen getan hätten! Wären die Bürgerlichen auch nur daheim geblieben, so hätte Wissell bereits glänzend im ersten Wahlgang gesiegt. Hier sieht man übrigens die Jesuitenlogik der unabhängigen Wahlkandidatur: In Spandau-Osthavelland erklärten sie es für ein Zeichen der Schändlichkeit der Sozialdemokratie, daß die Bürgerlichen keine Kandidaten aufgestellt hätten; — in Niederbarnim bestand unsere Schändlichkeit aber darin, daß die Bürgerlichen wohl Kandidaten aufgestellt hätten. Es gibt halt kein Verbalien der Bürgerlichen, aus dem ein echter Unabhängiger nicht die „Schändlichkeit“ der Sozialdemokratie beweisen kann.

Neben der Niederlage der Unabhängigen verdient auch der schwere Stimmenverlust der Konservativen ernste Beachtung. Sie hatten 1912 noch über 20 000 Stimmen aufgebracht, und in ihrem Werbeschriftblatt wurde die Kandidatur Kühn als Beweis dafür empfohlen, daß zahlreiche Wähler Gegner des Verstandigungsfriedens und Anhänger des Gewaltfriedens seien. Dieser Beweis ist glänzend vorgefallen, bei einer Wahlbeteiligung, welche fast genau die Hälfte der von 1912 beträgt, bringen die Konservativen kaum ein Viertel ihrer früheren Stimmenzahl auf. Ein mögliches Fiasko der Gewaltfriedensleute.

### Der Eindruck der Wahl.

Die Berliner Morgenblätter sind sich darüber einig, daß das Wahlergebnis eine ebenso schwere Niederlage der Unabhängigen darstellt wie einen großen Sieg der alten Partei. Wissells Endsieg wird überall als tödlicher angesehen. Daneben findet auch der Stimmensturz der Konservativen starke Beachtung.

Das „Berl. Tagebl.“ schreibt, daß das Wahlergebnis „äußerst überraschend“ müsse:

Der Wahlkreis Niederbarnim wurde bisher von dem Abgeordneten Stadthagen, der einer der Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie war, vertreten. Man mußte also annehmen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf die meisten Stimmen auf sich vereinigen würde. Das ist aber nicht geschehen. Sie ist in dem Stimmenverhältnis weit hinter der Mehrheits-Sozialdemokratie zurückgeblieben. Der Kandidat der sozialdemokratischen Mehrheitspartei, der Gewerkschaftler Wissell, dürfte aus der Stichwahl mit großer Stimmenmehrheit als Sieger hervorgehen, denn es ist anzunehmen, daß zum mindesten die beiden liberalen Parteien ihre Stimmen für ihn abgeben werden.

Die „Morgenpost“ schreibt:

Wenn irgendwo, dann hatten die Unabhängigen jetzt in Niederbarnim Gelegenheit, zu zeigen, daß die Massen hinter ihnen standen und daß die Mehrheitssozialisten, wie sie immer behauptet haben, jede Fühlung mit dem Volke verloren haben. Nun liegen die Zahlen vor, und sie bedeuten einen vernichtenden Schlag für die Unabhängigen. Die Aussichten Dr. Breitschoids in der Stichwahl sind mehr als trostlos, denn selbst, wenn die Konservativen für Breitscheid stimmen sollten, ist Wissells Wahl gesichert.

Keinlich urteilt die „Berl. Volksztg.“:

Das Wahlergebnis bedeutet eine schwere Niederlage für die unabhängige Sozialdemokratie, die den Wahlkreis Niederbarnim bisher mit Arthur Stadthagen inne hatte. Nach Spandau-Osthavelland, dem Wahlkreise Liebnicht, geht nun auch Niederbarnim, der Kreis Stadthagens, an die sozialdemokratische Mehrheitspartei über. Diese hätte mit gewaltiger Mehrheit gesiegt, wenn die bürgerlichen Parteien nicht ausnahmslos mit Kandidaturen auf dem Plan erschienen wären.

Die von der „Morgenpost“ ausgesprochene Vermutung, daß die Konservativen in der Stichwahl für die „Unabhängigen“ stimmen werden, wird auch von Dr. Paul Michaelis in der Nachmittagsausgabe des „D. L.“ geteilt.

lien zu großem Vorteil ausgeschlagen sein würde. Aber Japan sei in jedem Sinne des Wortes lokal gewesen.

Sodann ergriff Balfour das Wort und sagte u. a., es sei ein heilloses Unglück für die Zivilisation, daß die russische Revolution mitten in dem europäischen Kriege ausbrach. Unglücklicherweise trat die Revolution in einem Augenblick ein, wo Rußland der Opfer des Krieges müde war, und die politische Seite der Revolution vermischte sich mit politischen Einflüssen, die bald die Oberhand gewannen und sich in der Armee und Flotte ausbreiteten. Er denke optimistisch über Rußland, aber nicht über seine unmittelbare Zukunft. Die russischen Revolutionäre hätten die russische Armee und Flotte vollständig zerstört und leisteten der tapferen, unglücklichen rumänischen Armee keinen Beistand mehr. Die Bolschewiki würden jetzt wohl selbst einsehen, daß sie sich angesichts des deutschen Angriffs vollständig hilflos gemacht hätten, und sicher wünschten sie jetzt die russische Armee zur Verteidigung wiederherzustellen und würden zweifellos den englischen Beistand willkommen heißen. Die Autokratie hätte nahezu auf einen Schlag zusammen und sofort gesiegt. Rußland in ein Chaos und löste sich in seine Bestandteile auf. Es wird notwendig einige Zeit dauern, bis man sicher weiß, wieviel von dem alten Rußland zu dem neuen Rußland gehören wird und wie dies neue Rußland sich gestalten wird.

der an die Babanque-Politik der Konservativen erinnert. Uns sollte das nicht wundern, nachdem ein alldeutsches Blatt wie die „Berl. Neue Nachr.“ erst jüngst über den schlechten Ausfall der Stadtverordnetenwahlen für die „Unabhängigen“ Tränen vergossen hat. Auch jetzt tritt die Sympathie der Alldeutschen für die ihnen ungefährlich erscheinenden Unabhängigen wieder stark zutage. Die „Deutsche Zeitung“ betont, daß die bürgerliche Wählerschaft dem zweiten Wahlgang mit geringerem Interesse entgegenstehe, denn die Stellung der beiden sozialdemokratischen Vertreter zu den Reichsinteressen unterscheidet sich nur in unerheblichen Schattierungen. Die „Tägliche Rundschau“ aber sucht — den Unabhängigen die Arbeit vorwegnehmend — alle Gründe zusammen, die Breitschoids Niederlage irgendwie in milderem Lichte erscheinen lassen. Aber auch der alldeutsche Strohhalm wird Dr. Breitscheid nicht über Wasser halten!

## Wo haben die „Unabhängigen“ noch Aussicht?

Der Ausfall der Wahl in Niederbarnim berechtigt zu der ernsthaften Frage, in welchen Wahlkreisen denn die Unabhängigen überhaupt noch einigermaßen feste Aussicht hätten, bei einer Wahl durchzukommen. Man kann dabei auch an die sächsischen Wahlkreise denken, die gezeigt haben, daß auch im Kampf gegen die Sozialdemokratie sie konnten Dschay-Wurzen, das 1908 schon einmal sozialdemokratisch vertreten war und 1912 mit knapper Mehrheit verloren wurde, den Konservativen nicht ernsthaft freitig machen, während die alte Partei den Konservativen den Wahlkreis Saugen-Ramenz entriß, der bisher als ihre unbezwingliche Hochburg in Sachsen galt und noch niemals einen Sozialdemokraten in den Reichstag entsandt hatte.

Steht man all dieses in Betracht, so ergibt sich, daß die Unabhängigen so gut wie gar kein sicheres Mandat mehr besitzen. Allenfalls kämen noch Berlin VI und Leipzig-Land als solche in Betracht, aber selbst Berlin VI muß nach dem Ergebnis der jüngsten Stadtverordnetenwahl im 34. Bezirk und nach dem Wahlausfall in Niederbarnim als erschüttert gelten. Der gesamte übrige Besitz der Unabhängigen erscheint mehr als unsicher. Während die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen in mindestens 120 Kreisen gute Aussichten hat, beschränken sich die ernsthaften Aussichten der Unabhängigen auf ganz wenige Kreise.

Nur eine Hoffnung winkt den Unabhängigen noch: das Proportionalwahlrecht nach der neuen Vorlage, das ihnen auch als einer Minderheit in einigen Großstädten eine Anzahl Mandate sichert. Um so komischer wirkt es, daß die Unabhängigen bereits im Reichstag erklärt haben, gegen das Gesetz stimmen zu wollen, das ihren letzten Rettungsanker bildet.

## Unabhängige Beschimpfung der Niederbarnimer Arbeiter.

Der unabhängige Pressedienst vom Freitag bringt zwar kein Wort über die Wahl in Niederbarnim, dafür aber einen mit den üblichen Schimpfphrasen gespickten Dekartikel, der in folgenden Ab-satz ausklingt:

Die Ehre der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkraft ist rettungslos verloren, wenn sie nicht bald den letzten Boden und sichtbaren Trennungspunkt zwischen sich und den Unabhängigen zieht. Die deutsche Arbeiterkraft muß durch massenhafte Anschließung an die unabhängige Sozialdemokratische Partei ihre Ehre retten und die regierungspolitischen Hebel allein der Verachtung der sozialistischen Internationale preisgeben.

In Niederbarnim haben die Berliner Arbeiter allerdings einen bitteren Trennungspunkt gezogen — aber zwischen sich und den Unabhängigen. Nun läßt das unabhängige Organ, die Berliner Arbeiter ihre Ehre rettungslos verloren. Und scheint, daß Herr Vogt, der Verfasser dieses Beschlusses, aus Schreck seinen Verstand verloren hat.

## Die zerstörte Legende vom „Vorwärts“raub.

Unter weidlichen Krämenergüssen haben die Unabhängigen im Niederbarnimer Wahlkampf immer wieder die Schauer-geschichte vom „geraubten Vorwärts“ vorgezogen. Das Wahlergebnis hat auch dieser Agitationslüge endgültig den Hals umgedreht. Es hat bewiesen, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter Groß-Berlins durchaus einverstanden ist mit der Politik, die jetzt im „Vorwärts“ getrieben wird.

In Wirklichkeit hatten gerade die Unabhängigen vor dem „Vorwärts“ der Mehrheit der Berliner Arbeiter geraubt. Sie ließen ihn in ihrem Sinne redigieren, obwohl der dauernde Abonnentenrückgang unter der Redaktion der Unabhängigen bereits zeigte, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter Berlins hiermit nicht einverstanden war. An die Stelle der wirklichen Mehrheit und Massen setzten die Unabhängigen ihre Konventikel und Zahlensche, aus denen jeder ruhig denken und vernünftige Arbeiter herausgegraut oder herandretorisiert wurde. Als der „Vorwärts“ wieder in die Hände der alten Partei kam, da begann auch seine Abonnentenzahl wieder stetig und erheblich zu steigen. Die Wahl in Niederbarnim hat nun endgültig und zwingend gezeigt, daß der größere Teil der sozialistischen Berliner Arbeiterkraft nicht im Lager der Unabhängigen steht, und es ist nur recht und billig, daß der „Vorwärts“ in ihrem Sinne geleitet wird, nicht im Sinne einer fanatisierten Minderheit, die sich durch großen Lärm vergeblich den Anschein einer Mehrheit zu geben sucht.

Balfour wendet sich gegen die Kritik von Lees Smith, als ob eine japanische Expedition nach Rußland geplant sei, die notwendig zur Aufteilung von Rußland führen würde. Er nehme nicht an, daß Deutschland veruche, große organisierte militärische Streitkräfte von Naga nach Wladivostok zu senden. Das wäre wahrscheinlich eine Operation von sehr großer Schwierigkeit und rein militärisch betrachtet wäre sie unnötig und eine verhängnisvolle Kraftverschwendung. Aber da Rußland gar keine Widerstandskraft mehr besitze, so könne eine heutige Durchdringung von einem Ende von Rußland bis zum anderen stattfinden, die absolut verhängnisvoll für Rußland und für die Zukunft der Verbündeten sehr nachteilig sein würde. Diese Durchdringung ist schon sehr weit gediehen. Ich vermute, daß jetzt ein deutscher Offizier sicherer durch Rußland reisen würde als ein Offizier der Verbündeten. Nicht weil die Russen die Deutschen vorziehen, sondern weil die deutsche Durchdringung die russische Macht im März getroffen hat. Eine einzige Panikdarf in Kossau reiten und das ist eine deutsche Panik. Ich glaube und hoffe, daß es für die Bolschewikregierung nicht zu spät ist, dieser deutschen Durchdringung Widerstand zu leisten, aber wie können sie es, wenn sie selbst oder ihre Vorgänger jedes Instrument zerstört haben, das den Widerstand ermöglicht?

Rußland ist immer das Land der Ueberraschungen gewesen und wird es bleiben. Was ich für Rußland am meisten fürchte, ist, daß es im deutschen Interesse liegt, die Vermir-

zung zu fördern. Wer die deutsche Methode in der ganzen Welt beobachtet hat, weiß sehr wohl, daß es immer in allen Ländern, außer in seinem eigenen, die Unordnung ermutigt. Es wünscht die anderen Regierungen schwach, und das beste Mittel, andere Länder schwach zu machen, ist, sie im Innern zu spalten. Ich glaube daher, wenn es nicht gehindert wird, die Verwirrung in Rußland fördern wird. Wenn dann die Unordnung unerträglich geworden und verschiedene Klagen aus patriotischen oder selbstischen Beweggründen jede Art von fester, geordneter und zivilisierter Bewegung herbeiwünschen, dann wird Deutschland sich zeigen, sehr wollen wir uns einmischen und durch alle offenen und unterirdischen Kanäle, die wir besitzen, werden wir unsere Macht im Lande ausüben und die Autokratie in einer neuen oder vielleicht in der alten Form wiederherstellen und dann werden wir in Rußland, das einige seiner schlimmsten Provinzen verloren hat, eine viel schlimmere Autokratie haben wie die alte, da sie sich auf ihrem Fortbestehen auf eine ausländische Macht stützen muß. Wenn diese

Prophezeiung, die hoffentlich eine falsche sein wird,

sich verwirklicht, dann sind alle unsere Träume von der Entwicklung und Freiheit Rußlands zu Ende. Unter einer solchen Regierung würde Rußland nur ein bloßes Echo der Mittelmächte sein. Wenn Rußland angesichts der deutschen Durchdringung völlig hilflos bleibt, so kann Rußland ohne Hilfe von außen dem Eindringen der deutschen Krankheit nicht Widerstand leisten. Wir müssen uns daher fragen, ob einer der Verbündeten Rußland die Hilfe leisten kann, die es so nötig braucht. Die Verbündeten, Amerika, England, Frankreich, Italien und Japan wünschen in diesem Augenblick, Rußland in der Krise seiner Geschichte Hilfe zu bringen.

Walfour protestierte energisch gegen die Unterstellung von Lee Smith, daß Japan sich durch selbstische und unehrenhafte Motive leiten ließe. Japan habe mit vollkommener Loyalität gehandelt. Wenn Japan über die russische Integrität und andere Fragen, die Rußland betreffen, Versprechungen gegeben hat, so wird es sie halten, wie es alle Versprechungen gehalten hat, die es uns Verbündeten in diesem Kriege gemacht hat. Die Entscheidungen, die die Verbündeten zu treffen haben werden, sind nicht schwierig, aber sie beruhen auf Grundrissen, die Rußland und der russischen Revolution gegenüber weder unbillig noch unedelmütig noch feindsüchtig sind. Unser Ziel ist viel mehr, daß Rußland stark, unversehrt, sicher und frei wird, und wenn diese Ziele erreicht werden können, dann und nur dann wird die russische Revolution alle Kräfte hervorbringen, die Rußlands beste Freunde zu sehen wünschen.

## Die schwedische Alandexpedition.

Stockholm, 14. März. „Nya Dagbladet“ erfährt aus Ederos, daß die schwedischen Truppen auf Aland begonnen hätten, die Insel wieder zu verlassen; eine Kompanie der Goeta Garde sei heute früh eingeschifft worden um nach Stockholm zurückzukehren.

Eine amtliche Meldung sagt, die unter schwedischer Vermittlung verabredete Räumung Alands von russischen Truppen sei durchgeführt worden. Das schwedische Detachement, welches übergeben wurde, um die Evakuierung zu überwachen und in diesem Zusammenhang die Bewachung zu beschaffen, habe nunmehr seinen Auftrag vollzogen. Deshalb sei die Heimführung des Detachements begonnen worden. Der schwedische Militärkommissar auf Aland habe inzwischen berichtet, daß er bereits die Zusammenbringung von Vorräten und ihrer erfolgreichen Überwachung und anderer damit zusammenhängender Zwecke einer schwedischen Mannschaft bedürfe. Dazu wird nun amtlich gesagt: „Eine dafür bestimmte Truppe wird vorläufig ihm zur Verfügung gestellt. Da das schwedische Detachement ausschließlich zu menschenfreundlichem Zwecke nach Aland übergeführt wurde, ist es selbstverständlich, daß seine jetzt begonnene Heimkehrung nach vollzogenem Auftrage in keiner Weise die Stellung Schwedens zu politischen Fragen, welche mit Aland zusammenhängen, präjudiziert.“

## Herzogtum Kurland.

Eine Abordnung des kurländischen Landesrats hat dem Reichskanzler den Beschluß des Landesrats vom 8. März überreicht, durch den der Kaiser um die Annahme der Herzogskrone ersucht wird. In seiner Antwort erklärte der Kanzler:

Nachdem der kurländische Landesrat bereits im September v. J. und durch den jetzigen Beschluß erneut den Willen zur Wiedererrichtung des selbständigen Herzogtums Kurland ausgesprochen, und nachdem inzwischen die bisherigen staatlichen Verbindungen Kurlands gelöst worden sind, steht der Ausführung dieses Wunsches nichts mehr im Wege. Seine Majestät haben mich Allerhöchstdi beauftragt, im Namen des Deutschen Reiches das wiedererrichtete Herzogtum Kurland als freies und unabhängiges Herzogtum anzuerkennen, ihm den Schutz und Beistand des Deutschen Reiches bei der Errichtung seines Staatswesens und beim Aufbau seiner Verfassung, die auch eine Landesverfassung auf breiter Grundlage vorsehen muß, zuzuführen und wegen der Festlegung und Formulierung der vom Landesrat beschlossenen engen Verbindung mit dem Deutschen Reich das weitere zu veranlassen. Eine formelle Urkunde über die Anerkennung Kurlands wird dem Landesrat noch zugehen.

Was die Annahme der angebotenen Herzogskrone anbetrifft, so erklärte der Kanzler, die Entscheidung des Kaisers werde „nach Anhörung der zur Mitwirkung berufenen Stellen“ getroffen werden.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Der größte Teil der russischen Schwarze-Meerflotte liegt nach einer Meldung des „Daily Express“ in Odessa, aber alle Panzerschiffe sind nach Sevastopol überführt worden.

Der Präsident des finnländischen Senats Swinuhus weiß in Berlin und besprach sich mit dem Reichskanzler.

## Letzte Nachrichten.

### Torpedierung eines englischen Hospitalschiffes.

London, 14. März. Reuters. Amlich. Das Hospitalschiff „Gulford Castle“ wurde auf der Heimreise am Eingang des Kanals von Osthol am 10. März um 3 Uhr 35 Minuten nachmittags von einem feindlichen U-Boot ohne Erfolg angegriffen. Das Schiff führte die rote Kreuz-Flagge und hatte alle für Hospitalschiffe vorgeschriebenen Lichter angezündet.

Nach einer anderen Meldung des Reuterschen Bureaus wurden auf das Hospitalschiff zwei Torpedos abgefeuert. Der erste ging fehl, aber der zweite traf den Bug des Schiffes. Das Schiff wurde schwer beschädigt, vermochte aber den Hafen zu erreichen, wo die zahlreichen Kranken und Verwundeten, die sich an Bord befanden, ohne Unfall an Land und ins Spital gebracht wurden.

Demerkung des W. L. W.: An zuständiger Stelle ist über den von Reuters geschriebenen Vorgang noch nichts Näheres bekannt. Wir müssen uns vorbehalten, auf den Vorgehenshand zurückzukommen.

Die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in Berlin.

Zeit in den letzten Jahrzehnten hat sich die Erkenntnis von der Bedeutung der Geschlechtskrankheiten für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland Bahn gebrochen.

Naturngemäß hatten einzelne weitblickende Ärzte schon lange vor dem allgemein einsetzenden Bestreben zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten den Wunsch, nach Möglichkeit den Umfang der Geschlechtskrankheiten in der Bevölkerung kennen zu lernen.

Die Vorbedingung für einen erfolgreichen Kampf bildet aber die Kenntnis der wirklichen Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in der Bevölkerung.

In einer letzten erschienenen Schrift\*) bespricht Professor A. Blasisko das Ergebnis dieser ersten und der folgenden Umfragen, besonders der letzten aus dem Jahre 1918.

Die Umfrage aus dem Jahre 1900 kann als erster lauffender Versuch bezeichnet werden, da nur 64 Proz. aller Ärzte in Preußen die Umfrage beantworteten.

\*) Die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in Berlin. Berlin 1918. Verlag von S. Karger. 78 S. r. 17 Tabellen u. 4 Tafeln.

den Städten, daß dreimal soviel männliche als weibliche Personen wegen Geschlechtskrankheiten behandelt wurden, und daß auf die Trippererkrankungen 54 Proz., auf weichen Schanker 8 Proz. und auf Syphilis 40 Proz. entfielen.

Nachdem 1909 im Herzogtum Braunschweig, 1910 in Frankfurt a. M. ähnliche Erhebungen stattgefunden hatten, fand in der Zeit vom 20. XI.—20. XII. 1918 in einer Reihe deutscher Großstädte eine neue Umfrage statt, deren Ergebnis Blasisko in seiner Schrift nunmehr besonders unter Berücksichtigung der Groß-Berliner und Hamburger Zahlen kritisch darstellt.

Was nun die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten anbetrifft — nach Blasiskos Annahme stimmen die Berliner mit den Hamburger Zahlen ziemlich genau überein — so sind rund 100 000—110 000 frische Fälle von Geschlechtskrankheiten jährlich in Berlin anzunehmen.

Der Krieg und die Kinderspiele.

Der Einfluß des Krieges auf die Kinderpsychologie hat in allen Ländern großes Interesse erweckt, und überall war man bemüht, durch Rundfragen über die neuen Spiele der Kinder und durch ähnliche Studien Erfahrungen zu sammeln.

wohnheiten und Spielen zuzuwenden. Das Kind kommt allerdings auch jetzt noch häufig in die Lage, sich das, was es durch Erzählungen, durch Bilder oder durch Schriften über militärische Ereignisse erfahren hat, in seinen Spielen sinnfällig zu machen.

In einem deutschen Gefangenenlager an der Themse.

In „Stockholms Dagblatt“ schildert ein schwedischer Berichtserstatter die Eindrücke, die er von einem Besuch in einem deutschen Gefangenenlager empfing. Seiner Ansicht nach behandeln die Engländer ihre Gefangenen ausgezeichnet, aber, wie der ihn begleitende englische Major mitteilt, erleichterte die deutsche Disziplin den Gefangenenwärtinnen ihre Aufgabe sehr erheblich.

Notizen.

— Russikronik. Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, veranstaltet im Dorostehenstädtischen Reingymnasium die Arbeiter-Gesellschaft einen Kammermusikabend.

— Der Schriftsteller Albrecht P. Bauer, der in Arbeiterkreisen durch seine freigeistigen Schriften über S. Feuerbach und Büchel, über Bibel und Offenbarungsaluden u. a. sich bekannt gemacht hat, ist im 76. Lebensjahre in München gestorben.

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig. Wenn ging es jetzt nicht schief? Selbst Minka Dombrowski hatte nicht mehr das unbefummerte Lachen.

samen erst die daran, deren Männer oder Väter früher diesen Posten bekleidet hatten. Mit kritischem Blick musterte sie das vorhandene Weimert; auf ihr gutmütiges Gesicht kam dabei ein belustigendes Lächeln: trumm und schief, zu dick oder zu dünn — ja, ihr reichte keine das Wasser!

konnte! Sie hing mit halbem Leib überm Hinterbrett. „Seine Kerle dabei!“ Aber als sie sich dann wieder zurückwandte, sah Gertrud Tränen in den blitzenden Meerenaugen.

(Fortf. folgt.)



# Groß-Berlin

## Der Bureaukrat und der Einheitschuh.

Unten Holz und oben Pappe,  
Von Papierstoff eine Kappe,  
Dinten ein paar Kesselfentel,  
Borne aus Papiergarn Seitel.

Aus Papier auch Schaft und Futter,  
Ausfehm: Plumpy wie 'n Segelfutter.  
Dieses ist — was sagste nu? —  
Unser neuer Einheitschuh.

Gerne will auch ich ihn tragen,  
Könnte mir nur einer sagen:  
Wie kann mit den Holzklappschneiben  
Man ein Leisetreter bleiben?

3gl.

### Schwierigkeiten der Müllbeseitigung.

Der Bund der Berliner Grundbesitzer teilt folgendes mit: „Seider haben wir auf unser Geluch von der Inspektion der Gefangenenlager folgende Antwort erhalten: „Die Inspektion ist jetzt mangels verfügbarer Gefangenen nicht in der Lage dem Antrage zu entsprechen. Die wenigen etwa freizusetzenden Gefangenen müssen im allgemeinen Interesse für die Frühjahrsarbeiten in der Landwirtschaft bereitgehalten werden.“ Der Bund ist dabei nicht in der Lage, das durch die bekannten Schwierigkeiten im Winter liegende Müll so schnell wegräumen zu können, wie wir es gern möchten. Am 29. v. M., am 1., 2. und 3. d. M. haben infolge ganz ausgeglichener Verteilung von Eisenbahnwagen auf unserer Verladestelle Silesischer Bahnhof Verteilungsarbeiten erster Art stattgefunden, die erneutes Liegenbleiben großer Waggons in den betreffenden Stadtteilen zur Folge hatten. Wie die Eisenbahn mitteilte, waren technische Schwierigkeiten schuld an diesem Wagnis. Der Bund hofft innerhalb vier Wochen, falls keine neuen Hindernisse entstehen, alles Müll bewältigt zu haben.

### Eine Kriegerfamilie von Egmijön bedroht!

In der Kriegszeit hat mancher kleine Gewerbetreibende es erleben müssen, daß er in seinen Erwerbverhältnissen herunterkam. So ist es in Karlsdorf einem in der Heiligenberger Straße wohnenden kleinen Schneidemeister ergangen, der im Oktober v. J. zum Heere einberufen wurde und nun nicht mehr der Ernährer seiner Familie sein konnte. Anfangs war er in Garnison, später aber wurde er nach dem Flugplatz Johannisdorf zur Arbeit abkommandiert, wofür er außer Verdienst nur die übliche Ration erhielt. Von dieser geringen Einnahme konnte er natürlich nicht für seine Familie die Wohnungsmiete bezahlen, die nach Ablauf der gewährten Mietzeitsfrist immer noch recht erheblich war. Nachdem er bis Ende des Jahres die Miete noch gezahlt hatte, stellte er von da ab die Zahlung ein. Der Hauswirt, der die Familie loswerden wollte, klagte gegen beide Eheleute auf Zahlung und Räumung, und es erzielte auch Anfang März ein dementsprechendes Urteil. Sehr bald sah die Familie bei sich den Gerichtsvollzieher, der für die Mietzahlungen mehr als einen Teil der Wohnungseinrichtung pfändete. Von der Egmijön nahm er noch Abstand, weil ein vom Militär entlassener Sohn des Schuldners krank daniederlag. Die Familie macht sich aber darauf gefaßt, daß der Gerichtsvollzieher während wieder kommen und sie auf die Straße setzen wird. Der Familienvater, der ohne sein Verschulden in diese Lage gekommen ist, sieht der Egmijön seiner Angehörigen begriffschwermütig mit recht bitteren Empfindungen entgegen.

### Umtausch von Fleischkarten.

Für die am 18. März beginnende Fleischkartenperiode können die Fleischkarten in Berlin in der Zeit vom 18. bis 20. März bei den zuständigen Provisionskommissionen gegen Bezugscheine für Teigwaren und Grieß umgetauscht werden. Der Warenbezug erfolgt wie bisher aus den bekannten besonders kenntlich gemachten Geschäften. Zum Umtausch berechtigt sind diejenigen, die sich bei ihrer Provisionskommission zur Eintragung in die Liste gemeldet haben oder nachträglich von der Abteilung für Fleischversorgung zum Umtausch zugelassen worden sind. Wer die Anmeldung leiterzeit ohne sein Verschulden (z. B. infolge Krankheit oder Abwesenheit) verfallen hat, kann den Umtausch ebenfalls in der Zeit vom 18. bis 20. März von 8—1 Uhr im Bureau für Fleischversorgung, Stralauer Str. 8/9, bewirken.

Bessere Straßendefekturen. Mit Rücksicht auf die Ausschleißigkeit in den Straßen ist beschlossen worden, die jetzt um 11 Uhr ausgeführte Defekturen während der ganzen Nacht durchzuführen und in besonders dunklen Straßen die Defekturen zu verbessern.

Die Beschlagnahme des Frauenhaars und die Meldepflicht für gesammelte Menschenhaare ist jetzt in Kraft getreten. Ausgenommen von der Beschlagnahme sind nur die von einer Frau gesammelten eigenen Haare, solange sie sich im Besitz dieser Frau befinden. Trotz der Beschlagnahme bleibt die Veräußerung und Verwertung in bestimmter Weise und an bestimmte Stellen zulässig, sofern der Preis für 1 Kilogramm nicht mehr als 20 M. beträgt. Die gesammelten Haare unterliegen, sofern die Gesamtmenge bei einer Person mindestens 1 Kilogramm beträgt, einer monatlichen Meldepflicht an das Weichhaar-Verwaltungsbüro der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums.

Zur Verhütung von Waldbränden hat das Oberkommando folgende Verordnung erlassen: Es ist verboten, mit unterworfener Feuer oder Licht den Wald zu betreten oder sich demselben in gefährlicher Weise zu nähern, sowie im Walde einseitlich der hindurchführenden Wege oder außerhalb der Waldgrenze in einer Entfernung bis zu 30 Metern zu rauchen oder Feuer anzuzünden. Das Verbot des Feuermachens bezieht sich nicht auf die im Walde beruflich tätigen Personen, wie Waldarbeiter, Köhler, Förster usw. — Wer das Verbot übertritt oder zu einer Verletzung auffordert, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis 1500 M. bestraft. Die Verordnung tritt mit dem 15. März in Kraft und mit dem 31. Oktober außer Kraft.

„Ferdinand Lassalle, des Volkstribunen Glück und Ende“, lautet der Titel eines Films, der unter der Leitung von Rudolf Reinert vorbereitet wird und im Herbst erscheinen soll.

Ein Defektor erschossen. Gestern mittag wollte eine Militärpatrouille einen fahnenflüchtigen Unteroffizier zur Kommandantur am Ruppertsberg bringen, als dieser sich in der Haustür von seinen Begleitern losriß und die Flucht ergriff. Er rannte über die Pöhlersbrücke, wo sich ihm Strafengänger und ein Schutzmann entgegenstellten. Der Flüchtling rief nun sein Seitengewehr heraus und schied den Feinden niederzuknien. In diesem Augenblick passierte die Gräde eine zweite Militärpatrouille, die den Flüchtling festzunehmen verurteilte. Der Defektor griff jetzt jedoch auch diese Patrouille tödlich an, worauf der Führer auf den Angreifer einen Schuß abgab, der diesen sofort tötete.

„Baronin v. Scharfberg“ nannte sich eine 23-jährige unbekannt gebliebene Frau, die in der Tracht einer roten Kreuz-

Schwester zahllose Schwindeleien und Diebstähle ausgeführt hat und am Freitag von der Schöneberger Kriminalpolizei verhaftet wurde.

Wegen Mordversuchs gegen ihren Ehemann ist die Frau des Mechanikers M. aus der Kommodenstraße in Steglitz verhaftet worden. Sie hatte auf ihren Mann einen Revolverlosch abgeben, der diesen an der rechten Kopfschuppe erheblich verletzte. M. erkrankte darauf anzeigte und die Frau wurde in Haft genommen. Die Revolverlosch bestreitet jedoch, die Absicht gehabt zu haben, ihren Mann zu töten. Sie will den Schuh nur im höchsten Erreichte abgegeben haben, weil der Mann, mit dem sie in sehr unglücklicher Ehe lebte, einen von ihr angebahnten Verlöbungsversuch vereitelt habe.

Handbühnen. Im Säderladen von S. S. S., Langestr. 94, wurde die Verkäuferin Frau Karloich von zwei polnischen Burken die sich in Gesellschaft einer Frau befanden, überfallen und so schwer mißhandelt, daß sie einen Oberschenkelbruch davontrug. Die Räuber nahmen einige Brote und etwas Geld aus der Ledertasche und entliefen. — In einer Säderei in der Oberstraße in Schöneberg entriß ein junger Burke der Verkäuferin 50 Brote und entlief auf einem Fahrrad. — Von einem maskierten Räuber wurde Donnerstag nachmittag im Grunewald nahe bei Hundeshöhe eine Frau v. G. anfallen, die sich mit ihren beiden Kindern und der Kinderfrau auf einem Spaziergange befand. Der Räuber erbeutete ein Portemonnaie mit circa 90 M. und entkam.

Cherfottensburg. Kursus für Kriegsangehörige. Ostern 1918 beginnt an der hies. Mädchenfortbildung- und Fachschule ein Hauswirtschafts-, Halbjahreskursus, für junge Kriegserntinnen und Kriegserbrüder. Der Kursus findet statt abends von 7—10 Uhr und zwar wird erteilt: Dienstag: Kochen; Freitag: Waschen und Plätten ein Vierteljahr, Hauswirtschaftslehre und Säuglingspflege ein Vierteljahr. Schulgeld: 7,50 M. Auswärtige 15 M. Weltungen werden täglich von 8—12 oder von 4—8 außer Mittwoch und Sonnabend in der Geschäftsstelle, Wilmersdorferstr. 22, entgegen genommen.

Reußien. Lebensmittel. Die neu zur Ausgabe kommende allgemeine Lebensmittelkarte mit den Abchnitten 15 bis 28 und die Reußien Karte mit den Abchnitten 29—116 müssen von heute bis Mittwoch bei demjenigen Kleinhändler zur Abstempelung vorgelegt werden, bei welchem die Anmeldung zum Besuche von Kolonialwaren erfolgt. Eine Neuaufgabe der Kundenliste findet nicht statt. Bei der Abstempelung ist die zurzeit geltende allgemeine Lebensmittelkarte vorzulegen.

Schöneberg. Lebensmittel. Bis zum 19. März findet Voranmeldung statt für 100 Gramm Teigwaren auf Abchnitt 11 und 100 Gramm Weizenbrot auf Abchnitt 15 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte. In den Provisionskommissionen 5a und 6 wird 1/2 Pfund Hausbrot auf Grund der Spezialistenliste abgegeben. Ferner werden in der nächsten Woche ausgegeben 1/2 Pfund Narmelade und 1/2 Pfund Runkelrüben auf Abchnitt 7 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte sowie 2 Dosen kondensierte Magermilch auf Abchnitt 4 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte für Jugendliche. Die Sonderkarten für Kranke, soweit sie für den Monat April bewilligt sind, sind bis zum 19. März bei den Provisionskommissionen abzuholen.

Wilmersdorf. Lebensmittel. Bis einschließlich Montag wird auf Abchnitt 7 der Lebensmittelkarte 1 Pfd. Narmelade zum Preise von 92 Pf. abgegeben.

Kreis Teltow. Weitere Beteiligung an der Rixdorf-Mittelswalder Eisenbahn. Der Teltower Kreisrat hat beantragt zur nächsten Sitzung des Kreisrates, von den Aktien der Rixdorf-Mittelswalder Eisenbahn weitere 500 Aktien zum Nennwert von 500 000 M. zu erwerben, sobald der Kreis Teltow dann von den 2990 Aktien der Gesellschaft insgesamt 2479 besitzen würde, während die verbleibenden 451 Aktien Gemeinden und Gutbesitzer des Kreises besitzen, die an der Bahn und ihrer Entwicklung ein besonderes Interesse haben. Das Bahnunternehmen würde damit künftig ganz ein Unternehmen des Kreises Teltow und von Gemeinden und Gutbesitzern des Kreises werden. Die Rixdorf-Mittelswalder Eisenbahn hat sich in den letzten Jahren erfreulich entwickelt.

Steglitz. Die Gemeindevahlen der 3. Abteilung finden bekanntlich am Montag im Sitzungssaal des Rathauses statt. Der Umstand, daß nach der Wählerliste von 1914 gewählt wird, macht eine schriftliche Wahlagitration fast unmöglich, weil die Adressen der damaligen Wähler, soweit sie wirklich noch in Steglitz wohnen, sich zum größten Teil durch Wohnungswechsel verändert haben. Deshalb müssen die Parteigenossen diesen Mangel durch mündliche Agitation erlegen. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß für die Sozialdemokratie nur die Wahl im 1. Wahlbezirk in Frage kommt, weil sie nur dort einen Kandidaten, und zwar den Gewerkschaftssekretär Gustav Schumann aufgestellt hat. Der erste Bezirk umfaßt die Schloßstraße mit sämtlichen Nebenstraßen nordwestlich der Eisenbahn, also die sogenannte Rathausseite des Dries. Wer in diesen Straßen jetzt wohnt oder im Jahre 1914 gewohnt hat und in der Wählerliste steht, kann und muß am Montag zur Wahl gehen. Auch die nach Berlin oder nach den Vororten inzwischen verzogenen Parteigenossen können ihr Wahlrecht noch ausüben.

Reinickendorf. Lebensmittel. Von Montag ab wird in den umliegenden Verkaufsstellen auf Feld 4 der Ausweisliste für jeden Haushalt eine Dose kondensierter Milch zum Preise von 1,10 M. abgegeben, ferner für Kinder 1. und 2. Lebensjahre gegen Abstempelung der Milchkarte II ebenso je zwei Pakete Zwieback a 40 Pf. Kinder im 3. und 4. Lebensjahre erhalten je eine Tafel Schokolade a 1,30 M. Bezugscheine für diese Kinder werden vom 16. ab bei den zuständigen Provisionskommissionen abgegeben. Wer die Waren bis Sonnabend, den 23. d. Mts., nicht abgeholt hat, verliert das Recht hierauf.

Friedrichshagen. Lebensmittel. Bis morgen gelangen auf Abchnitt 77 der Lebensmittelkarte je 125 Gramm Rubeln zum Preise von 15 Pf. zum Verkauf.

Im Laden der Gemeinde sehen S. S. S. und S. S. S. Zwieback zum Verkauf. Ferner Rohrzucker und Rohrzucker auf Abchnitt 10 der Gemeindevahlkarte.

Rosow. Lebensmittel. Es werden ausgegeben: 100 Gramm Teigwaren auf Abchnitt 22 der allgemeinen Lebensmittelkarte; 5 Kilo Bräunwurst a 5 Pf.; 1 Paket Morgenbrant auf Abchnitt 8 für Jugendliche zum Preise von 25 Pf.; 100 Gramm Hafersoden auf Abchnitt 9 für Jugendliche. Die Waren sind von heute bis Dienstag in Empfang zu nehmen.

Am Dienstag kommt pro Duell 1/2 Pfund Futter zur Verteilung. Die Gefährlichen mit den Buchstaben „B bis H“ wollen sich im Rathaus, Zimmer 6, zur Empfangnahme der Bezugscheine melden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Marienthor-Spende. Die Gemeindevereinerwahl für die 8. Abteilung findet morgen von 8—11 Uhr in der Turnhalle der Gemeindegemeinde in der Kurfürstenstr. 53/54 statt. Kan-

didaten der Sozialdemokratischen Partei sind die Genossen:

Wilhelm Deinet, Schriftleiter,  
August Leip, Klempner,  
Paul Zucker, Krankenlängenanstellung.

Die Genossen werden ersucht, für die Wahl dieser Kandidaten ihre Kräfte einzusetzen. Gleich der Reichstagswahl in Niederbaum muß die Gemeindevereinerwahl in Marienthor mit dem Siege unserer Kandidaten abschließen.

Erster. Morgen nachmittag 3 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant Eichhorn, Wilmersdorferstr. 22. Stellungnahme und Agitation zur Gemeindevereinerwahl.

## Berichtszeitung.

Der sogenannte Wernschener Mord beschäftigte die 2. Strafkammer des Landgerichts III. Fünf Mitglieder einer russisch-polnischen Räuberbande wurden der Straffamkeit vorgeführt. Es waren dies die Arbeiter Josef Archanowski, Wladislaw Runa, Ignaz Wlodarski, Stanislaus Kulaginski und Simon Szumanek. — Der erste und der dritte Angeklagte standen erst am 21. Februar wegen eines in Dichtenberg gegen einen Berliner verübten räuberischen Überfalls vor dem Kriegsgericht und wurden zu 5 bzw. 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Mitglieder der Bande hatten sich unter anderem das Gehört des Landwirts Schöppe in Wendenberg bei Wernschene als Zielpunkt für Räuderfahrten ausgesucht und anfangs Oktober v. J. in zwei kurz aufeinander folgenden Nächten Einbruchdiebstahl verübt. Die Einbrecher waren eben dabei gewesen, Vorbereitungen zum Einsteigen zu treffen, als sie gestört wurden und schleunigst verschwanden. In der Nacht zum 19. Oktober erhielt das Gehört abermals den Besuch von Einbrechern, unter denen sich die vier letzten Angeklagten befanden. Auch diesmal wurden sie gestört und es fielen Schüsse sowohl aus dem Hause als auch aus den Reihen der Angeklagten. Einer der Schüsse traf den 65jährigen Landwirt Prinz und verletzte ihn so schwer, daß er bald darauf starb. Den Einbrechern gelang es, zu entkommen. Aber Ermittlung machte der Polizei viel Arbeit. Als Kronanwalt verhaftet wurde, trug er einen Revolver bei sich und konnte nur mit großer Mühe überwältigt werden. — Die Verhandlung gestaltete sich sehr schwierig, da jedes Wort erst durch den Dolmetscher ins Polnische übertragen werden mußte. Die Angeklagten bestritten sämtlich, bei ihren Besuchen auf dem Gehört gewesen zu haben und behaupteten, daß noch zwei Zeuße bei den Verbrechenhandlungen gewesen seien. Bei den Vernehmungen laute einer der Angeklagten behauptet, daß Wlodarski geschossen und vorher schon mit dem Revolver in der Hand gedroht hätte, jeden Komplizen totzuschießen, der abschnappen und sich feige zeigen würde. Der Gerichtshof nahm verurteilten Schwere Diebstahl unter Mitführung von Waffen und Rüstung als erwiesen an, nicht aber für festgesetzt, von wem der verhängnisvolle Schuß abgefeuert wurde. Das Urteil lautete, unter Verurteilung der Tatfache, daß die Mitglieder der Angeklagten noch unbestraft ist: gegen Archanowski auf 8 Monate Zuchthaus, gegen Runa auf zwei Jahre Zuchthaus, gegen Kulaginski auf 2 Jahre Zuchthaus, gegen Szumanek auf 2 Jahre Zuchthaus, nebst den entsprechenden Geldstrafen.

## Aus aller Welt.

Doppelmord in Oberwalde. Die Obduktion der am Montag früh in ihrer Wohnung tot aufgefundenen Geschwister G. G. I. ergab mit zweifelsfreier Sicherheit, daß es sich um einen Doppelmord handelt. Die beiden Schweftern haben durch Erwürgen den Tod gefunden.

Raubüberfall auf einen Bankbeamten. Wie der „Oberlesische Wanderer“ meldet, wurde ein Vize der Deutschen Bank auf der Seitenstraße in Hagnitz auf dem Wege von der Post zum Bankgebäude überfallen und ihm zwei Geldbeutel mit 300 000 M. Inhalt geraubt. Ein Geldbeutel mit 220 000 M., den der Räuber auf der Flucht von sich warf, wurde inzwischen gefunden. Mit dem Rest von 80 000 M. entkam der Räuber.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, den 17. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im großen Festsaal des Berliner Stadtkaufes, Eingang Rixdorfstr. 21: Feiern der 30-jährigen Sitzungsjahre festlich, Bekämpfung der Samariter-Ausstellung. — Der neue Kursus beginnt am 8. April. Meldungen werden entgegengenommen beim Vorjüngeren Gustav Dietrich, Berlin NW 23, Altopfstr. 25.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Sonntag, den 17. März, nachmittags 4 Uhr, bei Schulz, am Köpenicker Park 21: Feiern der 30-jährigen Sitzungsjahre festlich, Bekämpfung der Samariter-Ausstellung. — Der neue Kursus beginnt am 8. April. Meldungen werden entgegengenommen beim Vorjüngeren Gustav Dietrich, Berlin NW 23, Altopfstr. 25.

## Briefkasten der Redaktion.

Die brieflichen Anfragen mehrten sich in letzter Zeit ungeheuer. Wir machen darauf aufmerksam, daß briefliche Antworten nicht erteilt werden können. Die Beantwortung der Anfragen kann nur durch den Briefkasten unter angegebener Chiffre erfolgen.

G. A. 1. Der Antrag auf Reichswohnenhilfe ist, wenn die Frau selbst kassenfähig ist, bei ihrer Mutter zu stellen, sonst bei der des Krankenlängers, der der Ehefrau zuletzt angehört. 2. Kreisfahndungsbefehl des Landrats, Urinalfahndung der Kronprinzessin, Potsdam, Neuer Garten. — G. A. 2. 799. Das ist ja nicht geistlich bestimmt, es könnte aber ein solcher Antrag von den Eltern beim Gemeindevorstand eingereicht werden. — Feldgrau M. G. 26. 1. Rein. 2. Es besteht kein Anspruch auf Tabak für den Handwerker oder Garnlohnempfänger, das sind nur Zuwendungen aus Barmherzigkeit. 3. Eine Verfügung darüber ist uns nicht bekannt. — Vertraulich 25. 1. Sie können darüber keine Auskunft geben, ob eine Frau Sicherheit dafür bietet. 2. Ja. Wie hoch der Zinsfuß ist, wissen wir nicht. 3. Das kommt auf die Art an, wie Sie das Geld anlegen. 4. Ja. — Streitfrage. 1. Den Antrag auf Anrechnung müssen Sie beim Amtsgericht Charlottenburg mündlich oder schriftlich einreichen. 2. Der Vater hat, da ihm laut Testament der Nießbrauch zugesprochen ist, Anspruch auf den Zinsen. — Reich M. 18. 1. Der Vater des unehelichen Kindes kann in dem Falle zur Alimentierung verpflichtet werden. 2. Eine 30 M. monatlich. 3. Es wird durch Antrag bei der Unterhaltungsstelle für das Kind die Kriegserleichterung gewährt. 4. Der Antrag auf Reichswohnenhilfe muß, wenn der Vater zum Militärbediente eingezogen ist, bei der Krankenliste gestellt werden, der er zuletzt als Mitglied angehört. 5. Es muß dann gegen ihn Klage eingeleitet werden auf Anerkennung der Vaterhaft. — G. A. 34. Ja. — Poß. Die Kündigung durch den Wirt kann erfolgen, es kann aber das Mietverhältnis angeschlossen werden. — Desinfektor G. W. Und ist eine solche Verordnung nicht bekannt, sie wird sicher nicht öffentlich erlassen werden sein, es ist aber wahrscheinlich, daß wegen Anrechnungsbefehl der Krankenliste eine solche Verfügung erlassen werden ist. — W. Str. 13. Rein. — H. Z. 8. 1. Für die angegebene Zeit steht Ihnen die Karte natürlich nicht zu, da Sie zum Vertriebsbüro eingezogen waren. 2. Sie haben nur Anspruch auf Lösung. Die Karte müßte Ihnen vom 28. Juli an zustehen. 3. Den Antrag auf Karte müssen Sie beim Bezirkskommando einreichen. — G. W. 401. Sie haben keinen Schadenerschanspruch an die Volkshilfe. — Arbeiter M. Ja. — G. A. 45. Für die Frau etwa möglichen 30 M. für das Kind im Monat 40—50 M. — R. St. 906. 1. Ja, aber ein eigentlicher rechtlicher Anspruch besteht darauf nicht. 2. Verjährung. 3. Bei Streitigkeiten im Werte bis zu 600 M. ist das Amtsgericht zuständig. Sie müßten einen Rechtsanwalt oder eine Privatperson durch Vollmacht mit Einleitung der Klage beauftragen. 4. Ja. — W. P. 14. Rein

# Damenkonfektionshaus M. Kraus & Co.

Frankfurter Allee Nr. 54, 55 u. 56 Berlin O. zwischen Kreuzziger u. Mainzer Str.

**Kostüme** marine, schwarz und farbig . . . . . 95,- 129,- 148,- 175,- bis 875,-  
**Seiden-Kostüme** marine, schwarz und farbig . . . 145,- 168,- 189,- 198,- bis 598,-  
**Seiden-Mäntel** marine, schwarz und farbig . . . 79,- 98,- 129,- 139,- 148,- bis 498,-  
**Kostümröcke** marine, schwarz u. farbig 28,50 36,- 45,- 56,- 68,- 79,- 85,- 98,- bis 185,-

**Seiden-Kostümröcke** marine, schwarz u. farbig 69,- 79,- 85,- 98,- 105,- 112,- bis 245,-  
**Seiden-Kleider** marine, schwarz und farbig 129,- 139,- 148,- 165,- 178,- bis 348,-  
**Seiden-Blusen** marine, schwarz u. farbig 28,75 36,- 37,50 39,- 45,- 58,- 63,- bis 168,-  
**Voile-Blusen** weiß und farbig 9,75 12,75 16,75 19,75 22,50 26,50 29,50 bis 79,-

## Trauer-Abteilung

## Beachtenswerte Ausstellung in unseren 16 Schaufenstern und Schaukästen

Direktion Max Reinhardt.  
**Deutsches Theater.**  
 8 Uhr: **Tanz-Matinée**  
 Lilli Christensen, Katta Stern, Ernst Matray.  
 7 Uhr: **Macht der Finsternis.**  
**Kammerspiele.**  
 7 1/2 Uhr: **Die Koralle.**  
**Volksbühne.**  
 Theater am Blüowplatz.  
 Untergrund. Schönk. Tor.  
 8 Uhr: **Hanneles Himmelfahrt.**  
 Dr. C. Meinhart — R. Barnauer.  
**Theater d. Königgrätzerstr.**  
 7 1/2 Uhr: **Die Helden auf Helgoland.**  
**Komödienhaus.**  
 8 Uhr: **Die Straße nach Steinyach.**  
**Berliner Theater**  
 7 Uhr: **Blitzblaues Blut.**

**Casino-Theater**  
 Lotzbringer Str. 37. Tägl. 7,5 U.  
 Umhüllend bis 27. März:  
**Hansterfröge.**  
 Ostermontag zum ersten Mal:  
**Annas Traum.**  
 Lustspiel von Adolf Arronge.  
 Stg. 4 U.: Schipp, schipp, hurra!

**URANIA**  
 Nehm. 4 Uhr (halbe Preise):  
**Der Siegeszug nach Venedig.**  
 8 Uhr:  
**Die Ukraine**

**Walhalla-Theater.**  
 7 1/2 Uhr:  
**Das Muskantendorf.**

**Admiralspalast.**  
 Heute 7 1/2 Uhr  
**Abrakadabra**  
 Deutsche Tänze v. Schubert  
 Vorzügliche Küche.

**Büsch**  
 Sonnabend, den 16. März,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**Jubiläum-150. Aufführung**  
 der phantastisch. Pantomime  
**Mondfahrt.**  
 Verfaßt von Paula Busch.  
 Vorher das großartige  
 März-Programm.  
 Morgen 8 1/2, und 7 1/2,  
 umgekehrt das abwechslungsreiche  
 und  
**Mondfahrt.**

**Theater für Sonnabend, 16. März.**  
**Central-Theater**  
 Kommandantenstraße 57.  
 7 1/2 Uhr: **Die Csardasfürstin**  
 Sonntag 3 1/2 Uhr: **Jugend.**

**Metropol-Theater**  
 7 1/2 Uhr: **Die Rose von Stambul.**  
 Morgen 3 Uhr: **Die Kaiserin.**

**Deutsches Opernhaus**  
 7 Uhr: **Liebesketten.**

**Residenz-Theater**  
 7 1/2 Uhr: **Der junge Zar.**

**Friedrich-Wilhelmst. Theater**  
 3 Uhr: **Wohltätigkeits-Vorstell.:**  
**Dreimäderhaus.**  
**Julia Culp.**  
 7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

**Schiller-Theater O**  
 7 1/2 Uhr: **Die Ehre.**

**Kleines Theater**  
 7 1/2 Uhr: **Nante.**

**Schiller-Th. Charl.**  
 2 1/2 U.: **D. Käthchen v. Heilbronn.**  
 7 1/2 Uhr: **Schneider Wibel.**

**Komische Oper**  
 3 1/2 U.: **S.-V.: Schwarzwaldmädel.**  
 7 1/2 Uhr: **Schwarzwaldmädel.**  
 Morg. 11 1/2 U.: **Die goldene Eva.**  
 Morg. 3 1/2 U.: **Die Kinokönigin.**

**Thalia-Theater**  
 7 1/2 Uhr: **Egon und seine Frauen.**

**Lustspielhaus** 7 1/2 Uhr:  
**Die blonden Mädels v. Lindenhof.**  
 Morgen 3 1/2 U.: **Ein toller Einfall.**

**Theater am Nollendorfpiaz**  
 3 1/2 Uhr: **Der Troubadour.**  
 7 Uhr:

**Neues Operettenhaus**  
 Schiffbld. 4a. Kassent. Nd. 281  
 7 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.**

**Theater des Westens**  
 7 1/2 Uhr: **Ludwig XIV.**  
 Z. L. M.: **Guido Thielscher.**  
 Vorh.: **Der Regimentszauberer.**

**NATIONAL-THEATER**  
 7 1/2 Uhr. (Deutsch-Amerik. Theater.) 7 1/2 Uhr.  
**Die ist richtig!...**  
 von Dr. A. Lippeschütz. Musik: Walter Bromme.  
**Größter Erfolg dieser Spielzeit.**  
 Sonntag 3 1/2 Uhr: **Studentenlieben.**  
 Vorverkauf von 10 Uhr ununterbrochen, auch Tietz.

**Berliner Konzerthaus**  
 Mauerstraße 82. Zimmerstraße 90/91.  
**Heute:**  
**Großes Konzert**  
 des Berliner Konzerthaus-Orchesters.  
 Leiter: Komponist Franz von Blon.  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 An allen Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.  
 Wochentagen u. voller Orchesterbesetzung.

**Kabarett Tivoli**  
**Bunte Vorträge**  
 Spielfolge vom 16.—31. März:  
 Alois Krämer, Nana und Fernand,  
 Weida Ly, Artur Zahle, Hugo Just,  
 Käte Freifrau v. Broich, Krämer-Wolff.  
**Täglich zwei Kapellen.**  
 Anfang wochent. 7, Sonntag nachm. 4 Uhr.  
**Kottbuser Damm 95** Fernsp.: Moritzpl. 14553

**WINTERGARTEN**  
 Gastspiel:  
**Frieda Hess**  
 Solotänzerin  
**Jan Trojanowski**  
 Hofballtänzermeister vom  
 Ballett des  
 Kgl. Hoftheaters Dresden  
 sowie der große  
 März-Variété-Spielplan.

**Zirkus A. Schumann**  
 Bhf. Friedrichstr. Anf. 7 1/2  
 Nur noch kurze Zeit.  
 Das reichhaltige  
 neue Sport-Programm.  
 Fri. Tilly Bébé, Eishären,  
 dressierte Entkleidungs-Szene  
 in der Luft, Fri. Zoe,  
 Mexiko. Gr. Ausst.-  
 Pantomime.  
 Sonntag 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr.  
 Nchm. Kinder halbe Preise.

**Palast**  
 Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2  
 Pers. Austr. Paul Heidemann  
 in der Film-Operette  
 „Pauchens Badeabenteuer“  
 u. das neue März-Prgr.

**Voigt-Theater.**  
 Sadstr. 56. Badstr. 58  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Muttersegen.**  
 Sonntag, 17. 3., nachm. 3 Uhr:  
**Verlorene Ehre.**  
 Abends 7 Uhr:  
**Muttersegen.**

**Selbst-Eufbewahrung**  
 einschliesslich  
 Pflege und Versicherung  
 Volle Gewähr gegen  
**Mottenschaden.**  
 Niedrige Gebühren  
 Kostenlose Abholung  
**R. Maassen** am  
 Nr. 17. Oecanienstr. 165 Leipzigstr. 42  
 Telefonruf: 10660-63 Leipzigstr. 42  
 Moritzplatz 10660-63. Telefonruf: Zentrum 12940-44

**Rose-Theater.**  
 3 1/2 Uhr: **Gänzel und Gretel.**  
 7 1/2 Uhr: **Eine Waife.**  
**Trianon-Theater**  
 1/8 am Bhf. Friedrichstr. 1/8  
 Tel.: Zentrum 4927 und 2031.  
**Der Lebensschüler**  
 Komödie von Ludwig Fulda.  
 Ida Wüst, Erich Kaiser-Titz,  
 v. Möllendorff, Flink, Kettner.  
 Stg. 4 U. kl. Pr.: Johannisfeuer.

**Kaffee Luitpold**  
 Motzstraße 15.  
**Kabarett.**  
**Paul König**  
 Elsa Hofer, Kurt Reising,  
 Hella Bella  
 und der Fürst der Boheme  
**Danny Gürtler II**

Direkt am der  
 hochhain-Rathhause  
**Möbel-  
 Blogau**  
 Kottbuserstr. 28  
 Gegen bar u.  
 auf Kredit  
 Spielzimmer-Schlaf-  
 zimmer-Parcelszimmer  
 Küchen u. s. w.

**Reichshallen-Theater.**  
 Allabendlich 7 1/2, und Sonntag  
 nachmittag 3 Uhr  
**Stettiner Sängers**  
 Zum Schluss:  
**Mein Weh-  
 nachtraum**  
 Nachmittags  
 ermäßigte  
 Preise!

**Schwarzer Kater**  
 Friedrichstr. 165.  
 Ecke Behrenstraße.  
**Claire Waldoff**  
**Willi Prager**  
**Milda Breiten**  
**Mizzi Dressl**  
 u. das hervorragende  
 März-Programm.

**Apollo**  
 Friedrichstr. 218. 7 1/2  
**Der Flieger**  
**von Tsingtau.**  
 Sonntag 3 1/2 Uhr jeder  
 Erwachs. 1 Kind frei!  
 Theaterkasse ab 10 U.  
 ununterbr. geöffnet.

**Möbel-Cohn**  
 im Osten: Große Frankfurter Str. 58  
 im Norden: Badstraße 47-48  
**Möbel auf Kredit**  
 an jedermann.  
 Geringste Anzahlung — kleinste Anzahlung  
 Spezialität: 1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen  
 und einzelne Möbelstücke, sowie farbige  
 Küchen-Einrichtungen.  
 Große Auswahl komplett aufgestellter Schlaf-  
 Wohn- und Speisezimmer.  
 Riesen-Auswahl — Billigste Preise  
 Sehr kulante Bedingungen  
 Größte Rücksicht bei Krankheit u. Arbeitslosigkeit.  
 Lieferung frei Haus.  
 Kriegsbeschädigte u. Vorzeiger der  
 Anzeile erhalten Extra-Rabatt.  
 Sonntags 12—2 geöffnet.

**Deutscher  
 Metallarbeiter-Verband.**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nach-  
 richt, daß unser Kollege, der  
 Werkzeugschmied  
**Erich Lembke**  
 Weihenfer, Langhansstr. 103,  
 am 12. März gestorben ist.  
 Die Beerdigung findet  
 am Sonntag, den 17. März,  
 nachmittags 3 Uhr, von der  
 Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Weihenfer,  
 Hiltensberger Straße, aus-  
 statt.

Den Mitgliedern ferner zur  
 Nachricht, daß unser Kollege,  
 der Klempner  
**Friedrich Reck**  
 Schöneberg, Kreutziger  
 Straße 13,  
 am 12. März gestorben ist.  
 Die Beerdigung findet  
 heute Sonnabend, 16. März,  
 nachmittags 1 1/2 Uhr, von  
 der Leichenhalle des zweiten  
 Gemeindefriedhofes aus-  
 statt.  
 Ehre ihrem Andenken!  
 Reg. Beteiligung wird er-  
 wartet.  
 233/11 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher  
 Bauarbeiter-Verband.**  
 Zweigverein Berlin.  
 Bezirk Sekt. 2.  
 Am 11. März starb unser  
 Mitglied, der Maurer  
**Wilhelm Dietze.**  
 Die Beerdigung findet  
 heute, nachm. 3 1/2 Uhr, auf  
 dem Friedhof der Luther-  
 gemeinde in Rantahof statt.  
 Bezirk Norden II.  
 Am 13. März starb das  
 Mitglied, der Tischler  
**Karl Brandmeier.**  
 Die Beerdigung findet  
 heute, nachmittags 3 Uhr,  
 auf dem Rantahof-Friedhof in  
 Rieder-Schönhausen-Norden  
 statt.  
 Ehre ihrem Andenken!  
 Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**  
 Für die Beweise herzlicher  
 Teilnahme bei der Beerdigung  
 meines von mir so früh ge-  
 schiedenen Gatten sage ich allen  
 Freunden und Bekannten meinen  
 besten Dank. Besonders der  
 Alma E. Kiehmeyer, sowie den  
 Kollegen, Kollegen und dem  
 Metallarbeiterverband. 654  
**Frau Schöneich,**  
 Schreinerstr. 36.

**Spezialarzt**  
**Dr. med. Laabs**  
 beh. Idios., Kränkl., m. p. l.  
 Schenkelgelenk u. eine Verwundung.  
 Geschlechtskrankheit, geheime  
 Haut-, Horn-, Frauenleiden,  
 Schwäche, Erprobte Methoden  
 Horn- und Blutuntersuchung.  
 Königsstr. 94/96. Bahnhof-  
 Str. 10—11 u. 5—8, Sonnt. 10—11.

**Zahngebisse,**  
 Platin, G. 760, Seiten.  
 Ring, Belvedere 10 u. 11  
**Frau Wagner.**  
 Kaiserstr. 15, I (Alexanderplatz).

**Brillenbedürftige!**  
 kaum glaublich ist es, wie viele Brillenbedürftige sich lieber der gewöhnlichen Selbstquälererei unterwerfen oder ha blind  
 durchs Leben wandern, bevor sie sich zum Gebrauche eines Augenglasses entschließen. Aber mit der richtigen Nummer  
 der Gläser allein ist es noch nicht getan. Die Gläser müssen auch richtig vor den Augen liegen. Zudem war dies  
 eigentlich nur bei der Größe der Brillen; erst der Übergang zum prismatischen, immer schiefstehenden „Kiemer“ zum heutigen  
 Dreieckigen Anseher der bekannten Optiker Klob, Optischen Anstalt erbrachte den teilweisen Fortfall der Brille, aber  
 auch ihre Größe im guten Sitz ohne lästigen Druck. Optiker Klob's Optiker-Anstalt hat sich sowohl als Arbeits- wie als  
 Fernstecher vorzüglich eingeführt. Optiker Klob's Klob- und Reisebrille der Handarbeit wird sich auch weitere Freunde er-  
 machen. Allerdings Madhubergbrille hat Optiker Klob nicht, sondern heute die besten erfindungsgemäßen. 60-jähriges  
 Bestehen der Firma bürgt für Redlichkeit und Zufriedenstellung. Brillenbedürftige — laßt aus den entlegentesten Stadt-  
 teilen und Bezirken — werden sich daher stets der Optiker Klob's Optischen Anstalt entsinnen. Die Firma hat aber  
 keine Filialen, sondern einzig und allein das weitbekannte Geschäft Frankfurter Allee 21, zweites Haus von der  
 Dönhagener Straße. Augenuntersuchungen finden täglich von 9—11 vorm. und 3—7 nachm. statt. Man achte genau  
 auf die Firma **Optiker Klob**, Frankfurter Allee Hausnummer 21, nur 8 Minuten Fahrzeit v. Alexanderplatz.

# Reichstag.

141. Sitzung. Freitag, den 15. März 1918, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: von Krause.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

## Anfragen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) führt den Fall eines kriegsinvaliden Reichsanwalt Hans Beder aus Reutlingen an, der aus politischen Gründen unter Mißbrauch des Hilfsdienstgesetzes von dem Einberufungsausschuß aus verschiedenen Stellen herausgerissen wurde, so daß er schließlich beschäftigungslos blieb.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums erklärt: In der Angelegenheit ist nicht nach den Vorschriften des Hilfsdienstgesetzes verfahren worden. Gegen den betreffenden militärischen Vorgesetzten ist das Erforderliche veranlaßt worden. Die Behörden sind darauf hingewiesen, daß das Hilfsdienstgesetz keine Grundlage zur Entfremdung politisch Mißliebiger aus einer Arbeitsstelle bieten darf.

Abg. Stahl (Soz.) führt Beschwerde darüber, daß das Kriegsministerium zwei Gemeindefiskus in Spandau trotz Weigerung des Magistrats zu Wohnungszwecken für Munitionsarbeiterinnen in Gebrauch genommen hat.

Generalleutnant v. Gouffé: Die Maßnahme war notwendig, um eine Entlastung des überlasteten Wagnerverkehrs Spandau-Berlin herbeizuführen und um für die Arbeiterinnen eine bessere Unterkunftsbedingung zu verschaffen. Ursprünglich hatte sich der Magistrat bereit erklärt, die Schulen zu vermieten. Die Verhandlungen scheiterten aber an der zu hohen Mietsforderung von 4000 M. für den Monat. Daher war die Heeresverwaltung genötigt, die Gebäude zu beschlagnahmen.

Abg. Fischer (Soz.) führt Beschwerde darüber, daß in jüngster Zeit wiederholt an beliebigen Stellen des Berliner Stadtbezirks von militärischen Begleitmannschaften auf Soldaten, die sie zu transportieren hatten, bei Fluchtversuchen geschossen worden ist, unter Hinweis auf das vierjährige Kind, welches das Opfer einer solchen Schießerei geworden ist.

Generalmajor Wrisberg erwidert, daß die betreffenden Dienststellen angewiesen sind, die Anordnungen über den Transport festgenommener Militärpersonen, insbesondere in Großstädten auf ihre Durchführbarkeit während des Krieges nachzuprüfen und sie nötigenfalls zu ändern und verweist im übrigen auf die Veröffentlichungen darüber in der Presse.

Abg. Scheidemann (Soz.): Nach Zeitungsberichten sind in dem Strafprozeß gegen die Geschäftsführer der Maschinenfabrik Wiesbaden

von der Strafkammer des Landgerichts Wiesbaden die Grundzüge der Rechtsprechung über den Begriff des „übermäßigen Gewinnes“ im Sinne der Kriegswaherordnung als nicht maßgeblich für die Kalkulation bei den Lieferungen von Kriegsmaterial erklärt worden. Beobachtungen der Verbündeten Regierungen, einer Durchsicherung der Kriegswaherordnung zugunsten der Kriegsindustrie durch eine Ergänzung der Verordnung vorzubeugen?

Ein Ministerialdirektor erwidert: Auf die Sache selbst kann nicht eingegangen werden, da das Strafkammerurteil noch nicht rechtskräftig ist und der Staatsanwalt Revision eingelegt hat. Bei der bevorstehenden Neuregelung des Kriegswaherrechts wird jedenfalls daran festgehalten werden, daß die Grundzüge über den Begriff des übermäßigen Gewinns auch bei den Preisfestsetzungen bei Heereslieferungen maßgebend bleiben.

Abg. Bogtherr (Unabh. Soz.) führt Beschwerde, daß der Verzicht der Arbeiterstimme in Solingen verboten sei, über den

Generalmajor v. Berg: Das ist der Zeitung nicht bekannt worden. Sie hat bisher 6 Leitartikel über den Ostfrieden veröffentlicht.

Abg. Bogtherr (Unabh. Soz.): Ist dem Vertreter des Reichstages bekannt, daß das Verbot bestanden hat bis zu dem Tage, wo die Anfrage erging?

Generalmajor v. Berg: Es sind Leitartikel z. B. erschienen am 7., 8. und 9. März. Die Anfrage ist datiert vom 9. März.

Abg. Kunert (Unabh. Soz.) fragt an, ob es richtig sei, daß den Militärpolizeistellen in Lageburg und Halle die Berechtigung erteilt worden ist, in Spionage- und Sabotagefällen die Postbehörden um Auskunft über den Postverkehr der betreffenden Personen zu ersuchen.

Generalmajor v. Wrisberg: Durch jeden Spionage- und Sabotageverstoß ist nicht nur die öffentliche Sicherheit, sondern auch die Sicherheit des Deutschen Reichs gefährdet. Bei Verfolgung solcher verbrecherischer Verbrechen ist der Militärbesehlhaber an die im Postverkehr geltenden Bestimmungen über die Geheimhaltung nicht gebunden.

Abg. Kunert (Unabh. Soz.) führt Beschwerde darüber, daß der Vorstand des „Volksblatts für Halle Saalkreis“ an die Frontsoldaten durch das Magdeburger Generalkommando verboten ist.

Generalmajor v. Wrisberg: Das „Volksblatt“ hat wiederholt Artikel veröffentlicht, die geeignet waren, den einheitlichen Geist des Heeres zu beeinträchtigen.

Abg. Müller-Reinigen (Sp.) fragt an, was die Regierung für die deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien getan hat, von denen seit längerer Zeit jede Nachricht ausgeblieben ist.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums: Dem Kriegsministerium liegen bisher noch keine Nachrichten vor, daß die sibirischen Kriegsgefangenenlager geräumt sind. Im Friedensvertrag ist vorgesehen, daß sich nach seiner Ratifizierung deutsche Kommissarien nach Rußland begeben, um dort die Abtransporte mit größter Beschleunigung in die Hand zu nehmen und das Los der Gefangenen nach Kräften zu bessern.

Abg. Baubert (Soz.) weist auf die schmerzliche Veranlassung der Verbrennung von Gas durch die Gaskammer hin.

Direktor im Reichswirtschaftsamt Müller: Es sind Richtlinien gegeben, um eine engherzige Auslegung der Gaskammer zu verhindern. Die Strafgebühren werden nur eingesetzt, wo eine verschwenderrische oder gar böswillige Ueberschreitung der vorgeschriebenen Schichtmengen vorliegt.

Abg. Hielt (Soz.) führt Beschwerde, daß bei den meisten Truppenenteilen die Zahlung der Entgeltentlohnung an die Angehörigen nach den alten niedrigen Sätzen erfolgt.

General v. Oden: Die Lohnausbesserung ist für Unteroffiziere und Mannschaften bestimmt, nicht für die Angehörigen. Für diese ist durch die Erhöhung der Familienunterstützung in erheblichem Umfang gefordert.

Der Gesetzentwurf über Kriegsabgaben der Reichsbank wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Ein Nachtragsetat, der 2 1/2 Millionen für Grunderwerb zu einem Dienstgebäude für die Zwecke der Reichsschuldenverwaltung verlangt, wird nach kurzer Debatte an den Haushaltsausschuß verwiesen.

Die Vorlage betreffend Kriegszuschläge zu den Gerichts- und zu den Gebühren der Rechtsanwälte wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes über die Veranstaltung von Lichtspielen, die durch den Entwurf Konzessionspflichtig gemacht werden soll.

Abg. Rudloff (Z.): Ein großer Teil der Kriminalität und Verwahrlosung der Jugend kommt auf das Konto des Kinos. Vielleicht wäre es gut, in den Entwurf die Bestimmung aufzunehmen, daß bei der

Prüfung der Suberfässigkeit des die Konzession für Lichtspiele nachsuchenden auch diejenigen zu hören sind, die berufsmäßig mit der Erziehung der Jugend zu tun haben. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Schulz-Erdt (Soz.): Keine Freunde stehen dem Entwurf ohne Sympathie gegenüber. Es handelt sich um ein Verlegenheitsgesetz, das Hilfe und Rettung von der Polizei erwartet. Gewiß sind Mißstände im Lichtspielwesen vorhanden. Um sie zu beseitigen, hätte man aber nicht solche Fiktarbeit machen sollen. Immerhin sind wir zur Mitarbeit auch bei diesem Gesetz bereit und werden im Ausschuß versuchen, das Gesetz zu verbessern.

Die ruhige Entwicklung des Kinos im Dienste der Kultur ist dadurch beeinträchtigt worden, daß das Kapital sich dieser neuen Erfindung bemächtigte — waren doch vor dem Kriege bereits 2 Milliarden im Kinowesen angelegt.

Das Kapital aber will verdienen und für diesen Zweck sind ihm alle Mittel der ungesundesten Sensation recht. Die Kapitalinteressen haben die Volksbildungsinteressen völlig überwuchert. Gegen alle Schäden des Kinos bietet der Entwurf nur unvollkommene Sicherung. Zu wünschen wäre vielmehr ein umfassendes Reichskinogesetz, das nur im Zusammenhang mit einem Reichstheatergesetz zu denken wäre. Gegen den Konzessionszwang haben wir das Bedenken, daß Mißbrauch damit getrieben werden kann und daß er zu einer Monopolisierung und ungeschäftfertigen Unterdrückung der Kleinen führen kann. Unbedingt bedarf das Gesetz einer Ergänzung dahin, daß die Volksbildungsvereinstaltungen, die sich des Kinos bedienen, von der Konzessionspflicht befreit sind. Zum Schluß betone ich auch bei dieser Gelegenheit, daß uns unbedingt notwendig ist ein Reichsamt für Volksbildung. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Kerstensteiner (Rp.): Ich begrüße das Gesetz, damit wir aus dem Kino etwas Gutes machen. Auch der Konzessionszwang ist begrüßenswert; denn gerade das Ueberhandnehmen des Kinos in den Großstädten hat zu den von allen Seiten des Hauses beklagten bedauerlichen Erscheinungen geführt.

Abg. Ortmann (Nl.): Die Lichtspiele sind auf dem Wege, ein bedeutender Kulturfaktor zu werden. Ich betrachte sie als einen berechtigten Ersatz des Theaters, allerdings nicht einen vollwertigen.

Abg. Graf v. Garmar (L.): Es muß den Kinovorstellungen ein Riegel vorgeschoben werden, die nach auf demselben Niveau wie die Schmutz- und Schundliteratur stehen.

Abg. Mumm (N. Fr.): Das Gesetz ist notwendig; wir können nicht durch einen schrankenlosen Kapitalismus die Volksseele vergiften lassen.

Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz.): Wenn verrobbende Lichtspiele bargefellt werden, so sind nicht die Richter der Filmschuld, sondern die großen Gesellschaften wie die U.F.A. (Universal-Film-Aktiengesellschaft), die die Filme herstellen. Wer hier liegt der Hufe im Pfeffer. Der große Filmtrüß ist gerade entstanden unter Mitwirkung von Regierungskreisen. Man hat eben im Kriegsministerium erkannt, daß sich mit dem Film politische Wirkungen erzielen lassen. Die Gefahr des politischen Mißbrauchs ist deshalb eine bedenkliche Seite dieses Gesetzes.

Die Vorlage geht hierauf an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Die Tagesordnung ist erschöpft. — Nächste Sitzung Montag, 2 Uhr (Einzelgesetz, Daimlerangelegenheit). Schluß 6 1/2 Uhr.

## Daimler-Debatte im Hauptausschuß.

Am Freitag gab es abermals eine sehr lebhaft geführte Daimler-Debatte, nachdem die Daimler-Werke verurteilt haben, durch Inzertate die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Abg. Erberger bezeichnete es als direkt erlogen, wenn die Daimler-Werke behaupten, daß der Reichstag sich auf die Angaben eines entlassenen Beamten gestützt habe. Der Ausschuß habe sich bei seinen Beratungen lediglich auf das Material gestützt, das vom Kriegsministerium vorgelegt worden sei und deshalb sei es auch Sache des Kriegsministeriums, gegen die Unerschämtheiten der Daimler-Werke in einer öffentlichen Erklärung aufzutreten.

Abg. Graf Westarp verwahrte dann seine Parteifreunde dagegen, daß ihnen untergeschoben wird, sie hätten die Daimler-Werke in Schutz genommen. In dem Fall Wehr-Pinnow übergehend, meinte Graf Westarp, daß der Kommerzienrat lange vor Einleitung des Verfahrens erklärt habe, daß er keinen Gewinn aus dem Unternehmen habe ziehen wollen. Wenn die Daimler-Werke mit Einschränkung des Betriebes gedroht haben, so wäre das nicht scharf genug beurteilt worden.

Abg. Dr. Stöwe stellt fest, daß die Daimler-Werke jahrelang auf Erhöhung der Preise hingearbeitet haben. Ihre Erklärung sei eine Fälschung. Die Daimler-Werke haben in der Tat einen Aufschlag nicht von 10 Proz., sondern von 15 Proz. verlangt, was eine Erhöhung des Gewinnes um 64 Millionen Mark im Jahre ausmacht. Die Firma hat bei einer Verteilung von 85 Proz. Dividende Werte von 80 Millionen Mark auf eine Mark abgeschrieben. Unter solchen Verhältnissen auch noch eine Preis-erhöhung zu verlangen, sei geradezu ungeheuerlich. Daß die Aufstellungen, die der Heeresleitung gegeben waren, unrichtig gewesen sind, kann nicht mehr in Zweifel gezogen werden. In der Angelegenheit Wehr-Pinnow liege die Sache so, daß dem Kommerzienrat ein Auftrag auf 27 Millionen Sätze zu einem 30 Proz. höheren Preise übertragen worden sind, bloß weil angegeben wurde, daß arme Frauen beschäftigt werden sollten. Es müsse die Frage aufgeworfen werden, was mit den schuldigen Beamten geschehen sei.

General v. Wrisberg erklärt, daß das Kriegsministerium Bereit sei, in der Angelegenheit der Daimler-Werke eine Erklärung im Plenum des Reichstages abzugeben.

Abg. Hoffe geht dann sehr scharf mit der Erklärung der Daimler-Werke ins Gericht. Es sei durchaus nicht wahr, daß die im Hauptauschuß gegebene Darstellung einzig und allein auf Angaben eines ehemaligen Beamten zurückzuführen sei; man sei im Gegenteil von dem Treiben der Daimler-Werke bereits vollständig unterrichtet gewesen. Zwangsmassregeln gegen die Daimler-Werke waren angefaßt ihrer harnackischen

Weigerung, eine wahrheitsgemäße Kalkulation vorzulegen, nicht mehr zu umgehen. Deshalb könne auch keine Rede davon sein, daß der Hauptauschuß eine übereilte Kritik geübt und unüberlegt gehandelt habe. Der Ausschuß würde pflichtver-gessen gehandelt haben, wenn er das gemeingefährliche Treiben der Berge und Konsorten nicht gebrandmarkt und radikale Abhilfe gefordert hätte.

In der weiteren Diskussion kritisierte Abg. Mumm sehr scharf das Verhalten einiger Leitungsbetriebe und bringt insbesondere zur Sprache, daß in einem Prozeß, der sich um den Wucher mit Lederpreisen dreht, das Kriegsministerium den als Zeugen geladenen Offizieren verboten habe, eine Aussage zu machen.

General Schenk erklärte, daß die Offiziere auf bestellte Fragen des Gerichts Auskunft geben dürften. Im allgemeinen könne man sie jedoch nicht ausfragen lassen, weil die Lederfrage nicht in ihrem ganzen Umfang vor Gericht aufgerollt werden könne.

Die Abgg. Reimath und Kiefer waren davor, über die Firma Daimler vorläufig zu urteilen und halten es für besser, wenn man erst das Ergebnis der Untersuchung abwartet. Abg. Dove bemerkt, in der Angelegenheit Wehr-Pinnow habe offenbar der Respekt vor der hohen Protektion des wohlthätigen Unternehmers eine wesentliche Rolle mitgespielt.

Nach weiteren Auseinandersetzungen gibt General Schenk die Erklärung ab, daß man Betriebe militarisieren, sobald die Produktion gefährdet ist, gleichviel wie den Anlaß dazu gibt. Nach diesem Grundlag werde man weiter verfahren.

Damit war die Aussprache erschöpft. Mit der Erklärung des Generals Schenk war der Antrag erledigt, der Daimler-

nahmen forderte, eine Militarisierung der Betriebe herbeizuführen. Einstimmig angenommen wurden dann die Anträge, die verlangen, daß alsbald bei sämtlichen Zentral-Beschaffungsstellen für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine Preisprüfungsstellen einzurichten sind, ferner, daß der Reichsanwalt erucht werden soll, alsbald für Erlass einer Bundesratsverordnung Sorge zu tragen, wodurch der Reichsanwalt ermächtigt wird, in sämtlichen für den Heeresbedarf arbeitenden Betrieben die Geschäftsbücher und alle für die Berechnung der Preise maßgebenden Unterlagen überwachen zu lassen, endlich eine Zentralprüfungsstelle für Kriegslieferungen zu schaffen, deren Aufgabe es ist, die Loyalität aller einzelnen Prüfungsstellen zu überwachen.

Abg. Meyer-Herford berichtete dann über eine Reihe Petitionen, die sich auf Versorgungsangelegenheiten beziehen. General v. Langemann teilt dazu mit, daß die Novelle zu dem Versorgungs-gesetz fertiggestellt ist, die einzelnen Messoren haben aber noch Wünsche geäußert, die berücksichtigt werden müssen. Die Mittel sind vorhanden, um eintretende Härten auch jetzt schon sofort zu beseitigen. Die Petitionen wurden dann als Material überwiesen. — Am Sonnabend gelangen auswärtsige Fragen zur Verhandlung.

## Das Strafverfahren gegen die Daimler-Werke.

Aus Stuttgart wird uns unter dem 15. März berichtet: In dem Ermittlungsverfahren gegen die Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Untertürkheim haben heute bei dem Landgericht Stuttgart die ersten Vernehmungen begonnen. Der Generaldirektor der Gesellschaft Kommerzienrat Ernst Berge, der heute von einer Geschäftsreise nach hier zurückgekehrt ist, wurde von dem Untersuchungsrichter verantwortlich vernommen, an den die Staatsanwaltschaft Stuttgart die Angelegenheit weiter gegeben hat. In diesem Ermittlungsverfahren wird Kommerzienrat Berge verurteilt Betrug gegen die Heeresverwaltung und Kriegswaher vorgeworfen. Der Betrugsversuch wird in einem Brief gefunden, den Kommerzienrat Berge an das Kriegsministerium gerichtet hat, und in dem Angaben über die Kalkulation der Gesellschaft enthalten sind, die nach Ansicht der Staatsanwaltschaft bestimmt und geeignet waren, das Kriegsministerium irrezuführen. Der Kriegswaher wird darin erklährt, daß die Daimler-Motoren-Gesellschaft sich jahrelang von der Heeresverwaltung hat Preise zahlen lassen, die ihr einen übermäßigen Gewinn gewährten, wobei als erschwerend angesehen wird, daß die Gesellschaft trotz Kenntnis dieses Umstandes eine Erhöhung der Preise schon von ihr als wucherisch erkannten Preise gefordert hat. Die Direktoren der Gesellschaft — außer gegen Generaldirektor Berge richtet sich das Ermittlungsverfahren auch gegen die übrigen Direktoren — stehen auf dem Standpunkt, daß die gegen sie erhobenen Beschuldigungen haltlos sind und daß die großen Verdienste der Gesellschaft nicht auf wucherischen Preisen, sondern allein auf die Höhe der Umsätze zurückzuführen sind. Mit der Wahrung ihrer Interessen haben die Direktoren die Berliner Rechtsanwälte Dr. Asberg und Justizrat Pinner betraut.

## Die Teuerungszulagen vor dem Abgeordnetenhaus.

In einer sehr ausgedehnten Sitzung beschäftigte sich am Freitag das Abgeordnetenhaus mit der Neuregelung der Teuerungszulagen. Nach gründlichen Kommissionsverhandlungen ist in den letzten Tagen vom Finanzministerium eine wesentliche Erhöhung der bisherigen in der Tat völlig ungenügenden Sätze bekanntgegeben worden. Eine Erhöhung — aber leider immer noch keine ausreichende Erhöhung. Denn die Kollage der Festbepforderten, besonders der Beamten-schaft, hat einen Umfang erreicht, der jeder Beschreibung spottet. Das beweisen — wenn es dafür überhaupt noch eines Beweises bedürfte — die zahllosen dem Abgeordnetenhaus vorliegenden Petitionen mit ihren ins einzelne gehenden ziffernmäßigen Angaben über Haushaltsbudgets der unteren und mittleren Beamten. So reichen denn auch die neuen, absolut genommen zweifellos bedeutenden Erhöhungen keineswegs aus, um der großen Not zu steuern. Auch an Einzelheiten der Neuregelung ist manches anzusehen, so vor allem die zu vielen offenbaren Ungerechtigkeiten führende Beibehaltung der sogenannten Teuerungszulagenbezirke.

Aus den Verhandlungen ist besonders zweierlei erwähnenswert: erstens die zu begrüßende Erklärung des Finanzministers, daß die Regierung künftig alle Besoldungsfragen nur im Einvernehmen mit den Beamtenorganisationen zu regeln gedenke. Das bedeutet zweifellos einen Bruch mit einer üblen altpreussischen Tradition. Zweitens ist zu notieren die Mitteilung des Vertreters des Eisenbahnministeriums, daß vom 1. April ab die Löhne auch der Eisenbahnarbeiter (die von den Teuerungszulagen für Beamte ausgeschlossen sind) neuerdings beträchtlich erhöht werden sollen. Das ist ein in langem zähen Ringen von unseren Vertretern der Regierung abgerungener Erfolg, der zwar unseren Forderungen keineswegs ganz entspricht, der aber doch nicht unterschätzt werden darf. Genosse Veinert, der unsere Auffassung des ganzen Komplexes der Fragen der Teuerungszulagen wirksam präziserte, verlangte aber mit Recht, daß diese Aufbesserung der Löhne nicht auf die Eisenbahnarbeiter beschränkt, sondern auf alle Staatsarbeiter ausgedehnt werde.

Der Haushalt des Reichstages. Unter den beim Reichstag eingelaufenen Drucksachen befindet sich auch der Entwurf für den Haushalt des Reichstages für das Rechnungsjahr 1918. Die Summe der erforderlichen Ausgaben beträgt 2 288 718 M.

Die Rentenzulagen. Zum Haushalt des Reichswirtschafts-amtes ist ein Antrag Oktober (Z.) u. Gen. eingegangen, der die Regierung ersucht, die Zulagen an Rentempfänger auch auszu-dehnen an die Rentenbezieher aus den Altersrenten, den Wai-tenten, aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und den Hinterbliebenenrenten aus der Unfallversicherung. Ferner fordert der Antrag, die Höchstgrenze für die Pflichtversicherung in der Krankenversicherung von 2500 auf 4000 M., die der freiwilligen Versicherung von 4000 M. auf 5000 M. zu erhöhen. Schließlich sollen die Ortslöhne und der durchschnittliche Tagesarbeitsverdienst für landwirtschaftliche Arbeiter in der Reichsversicherungssordnung den Verhältnissen entsprechend neu festgesetzt werden.

Ein parlamentarischer Zensursamitte. Wien, 18. März. In der Domänenkonferenz des Abgeordnetenhauses wurde beschlossen, um den mannigfachen Uebergriffen der Zensur bei der Richter-patation über Parlamentsverhandlungen, Interpellationen und Reden vorzugreifen, ein Zensurkomitee zu bilden, in das alle Parteien des Hauses Delegierte entsenden,

